



Nr. 438 | 26.06.2023

Russland-Analysen

- Wissenschaft in Krisenzeiten
- Prigoshins Aufstand

■ KOMMENTAR

- Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine – Ein »Virolog:innen-Moment« für die deutsche Osteuropaforschung? 2
Cindy Wittke (Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Regensburg)
- Osteuropaforschung im Rampenlicht: ein Drahtseilakt zwischen Wissenschaft und Aktivismus 4
Alexander Libman (Freie Universität Berlin)
- Ein Moment der Selbstreflexion für Russlandstudien 6
Marlene Laruelle (George-Washington-Universität, Washington D.C.)
- Wissenschaft im Krieg: Die Verantwortung der Regionalstudien und was daraus folgt 8
Jan Matti Dollbaum (Universität Bremen)
- Verträgt sich politisches Engagement und Wissenschaft?
Zur öffentlichen Position des Fachs Osteuropäische Geschichte 10
Corinna Kuhr-Korolev (Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschungen, Potsdam)

■ DEKODER

- Mediamasterskaja: Wissenschaftsjournalismus – seine Bedeutung und seine Herausforderungen 12
Leonid A. Klimov (dekoder) und Darja Sarkissjan (Meduza)

■ DEKODER

- Prigoshins Aufstand gegen den Kreml: Was war das? 18
Tatjana Stanowaja (R.Politik)
- Prigoshins Aufstand: eine Chronologie der Ereignisse 19

■ CHRONIK

15. Mai – 12. Juni 2023 25

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine – Ein »Virolog:innen-Moment« für die deutsche Osteuropaforschung?

Cindy Wittke (Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Regensburg)

Die deutsche Osteuropaforschung war selten so präsent in der Öffentlichkeit wie unmittelbar vor und insbesondere nach dem Beginn des russischen Angriffs auf das gesamte Territorium der Ukraine am 24. Februar 2022. Der russische Angriffskrieg wurde zu einem »Virolog:innen-Moment« der geistes- und sozialwissenschaftlichen Osteuropaforschung. Wissenstransfer in die Medien wie auch Hintergrundgespräche mit Entscheidungsträger:innen erreichten im Alltag vieler Wissenschaftler:innen zuvor ungeahnte Dimensionen. Selten wurde wissenschaftliche Expertise zum sogenannten postsowjetischen Raum – vor allem zur Ukraine – in Deutschland so dezidiert nachgefragt.

Dabei nehmen viele Forschende mehrere Rollen gleichzeitig ein: als Wissenschaftler:innen in akademischen Debatten, als Expert:innen in der Öffentlichkeit und auch als (akademische) humanitäre Helfer:innen für geflüchtete Kolleg:innen. Zu vernachlässigen ist auch nicht, dass zur wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem östlichen Europa häufig eine private Ebene hinzukommt. Und mit ihr die Sorge um Familie und Freund:innen in der Ukraine, aber auch in Russland und darüber hinaus.

In dieser Gemengelage des Ausnahmezustandes kann der »Virolog:innen-Moment« auch zum *slippery slope* werden. Denn nicht selten macht die Medienöffentlichkeit Wissenschaftler:innen in der Kakophonie der Expertisen zu »Weltenerklärer:innen« oder »Richtungsweiser:innen«. Die Trennlinien zwischen evidenz- und forschungsbasierter Expertise, informierter Meinung und *academic activism* verwischen im Lärm der Zeit.

Mit Spannungsfeldern rund um das Engagement von Expert:innen aus globaler Perspektive setzt sich David Kennedy von der Harvard School of Law in seinen Büchern auf anregende Art und informative Weise auseinander. Er schöpft dabei aus seiner Erfahrung in der Zusammenarbeit mit Völkerrechtler:innen, Menschenrechtsanwält:innen, Politiker:innen sowie Wirtschafts- und Entwicklungsexpert:innen. In »The Dark Sides of Virtue: Reassessing International Humanitarianism« (2004) beschreibt er das Spannungsfeld bei der Befriedigung internationalen humanitären Engagements, das vom Wissen begleitet wird, dass aber selbst die am besten gemeinten Projekte ebenso viele Probleme schaffen, wie sie lösen können. In »A World of Struggle: How Power, Law, and Expertise Shape Global Political Economy« (2016) legt er den Fokus auf Konflikte, die um »Expert:innenherrschaft« entstehen, wenn Poli-

tiker:innen, Bürger:innen und Expert:innen sich auf »technokratischen Terrains« aus unlösbaren Streitigkeiten und unsicherem Wissen begegnen. Kennedy fordert seine Leser:innen auf, sowohl die Freiheit als auch die Verantwortung anzunehmen, die sich in den geschilderten Spannungsfeldern rund um Expert:innen ergeben.

Unter deutschen Jurist:innen wiederum entbrannte im vergangenen Jahr anhand des kontrovers diskutierten Essays »Doppelmoral – Der Westen und die Ukraine« des Göttinger Völkerrechtlers Kai Ambos eine Diskussion um die Trennlinien zwischen Wissenschaftsfreiheit und Meinungsfreiheit mit Betonung der Notwendigkeit, genau zu definieren, in welcher Rolle man sich zu welchen Fragen in der Öffentlichkeit äußert (<https://voelkerrechtsblog.org/de/wissenschaft-in-krisenzeiten/>). Diese Debatte verdeutlicht auch, dass die Fragen an Expert:innen immer komplexer werden, je länger der Krieg gegen die Ukraine andauert und je weiter sich die neue Normalität des Arbeitens im Ausnahmezustand konsolidiert. Umso wichtiger wird deswegen die kontinuierliche Reflexion über die Frage, was wissenschaftliche Expertise im Wissenstransfer ausmacht.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und seine nationalen und internationalen Auswirkungen führten dazu, dass die Forschung mit regionalem Fokus auf das östliche Europa wieder weithin öffentlich (nach)gefragt ist. Obwohl diese Regionalforschung in Deutschland an vielen universitären Standorten in den vergangenen drei Jahrzehnten gezielt zurückgebaut und geschrumpft wurde, konnte sich ihre breite Expertise öffentlich sichtbar in die Debatten einbringen. Zutage traten dabei auch Lücken wie zum Beispiel in der Ukrainistik oder auch in der sicherheitspolitischen Forschung. Im Zentrum der deutschen Osteuropawissenschaft steht nach wie vor Russland, unterstrich eine 2021 veröffentlichte Studie (<https://zeitschrift-osteuropa.de/hefte/2021/7/geschichte-slawistik-und-der-rest/>). Sie hob auch hervor, dass zwei Drittel aller Professuren mit Osteuropa-Bezug in Deutschland auf die Sprach- und Literaturwissenschaft sowie die Geschichtswissenschaft entfielen. Im drittgrößten Fach, der Politikwissenschaft, sei die Zahl der Osteuropa-Professuren fast vier Mal geringer als in der Geschichte. Ähnlich verhielte es sich mit den rechtswissenschaftlichen Lehrstühlen, die mit regionalem Fokus auf das östliche Europa in Forschung und Lehre tätig sind: auch deren Anzahl ging beständig zurück. Im Nachwuchsbereich verzeichnete die Studie eine geringe Zahl von regionalwissenschaft-

lichen Promotionsprojekten. So musste die Studie aus dem Jahr 2021 feststellen, dass insbesondere in den Sozialwissenschaften ein sinkendes Interesse an der Regionalforschung herrschte, das sich in stark risikobehafteten Karrierewegen in der Wissenschaft widerspiegelte. Trotz eines zunehmenden Bewusstseins unter (bildungs- und forschungs-)politischen Entscheidungsträger:innen hinsichtlich der Bedeutung von geistes- und sozialwissenschaftlicher Grundlagenforschung zum östlichen Europa seit der illegalen Annexion der Krim und des bewaffneten Konflikts in und um östliche Regionen der Ukraine seit 2014 und beispielsweise der Einrichtung des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) kann (noch) nicht von einer Trendumkehr in der regionalwissenschaftlichen Forschung (in Krisenzeiten) die Rede sein.

Dennoch positionieren sich Vertreter:innen der Grundlagen- und anwendungsorientierten Forschung zum östlichen Europa deutlich – und man möchte fast sagen unerwartet einig – in öffentlichen Debatten, nicht zuletzt auch in offenen Briefen (https://www.focus.de/politik/ausland/ukraine-krise/96-osteuropa-experten-weltweit-fordern-schwere-waffen-jetzt_id_119428660.html), und scheuen sich dabei nicht, die Bedeutung regionaler Expertise zu unterstreichen (<https://ukraineverstehen.de/worschech-davies-die-verhandlungsfalle/>).

Die deutsche Osteuropaforschung ist mithin eine Wissenschaft in (Dauer-)Krisen, die nun vor neuen Herausforderungen steht, Wissenschaft im Ausnahmezustand zu betreiben. Bereits kurz nach dem Beginn des Angriffskriegs wurden Kooperationen in Bildung und Forschung mit staatlich geförderten Institutionen in Russland gestoppt (<https://www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/kurzmeldungen/de/2022/03/weitere-zusammenarbeit-mit-russland-belarus.html>). Dies ist eine Zäsur, die vielerorts auch Kooperationen auf individueller Ebene einfro. Hinzu kamen eine Vielzahl organisatorischer und ethischer Fragen wie zum Beispiel hinsichtlich der Gefährdung von Kooperationspartner:innen für die Forschung über, in und mit der Region. Allen Forschenden stellt sich eindringlich die Frage, wie wir jetzt und in Zukunft Wissen über und mit Staaten und Gesellschaften im östlichen Europa produzieren, die nicht nur im physischen, sondern auch im virtuellen Sinn nicht oder nur schwer zugänglich geworden sind.

Die Metapher vom »Virolog:innen-Moment« beginnt jedoch zu hinken, blickt man über die aktuellen Herausforderungen des Wissenstransfers hinaus in die derzeit nur schwer absehbare Zukunft der empirischen geistes- und sozialwissenschaftlichen (Grundlagen-)Forschung. Im Zentrum der Regionalforschung steht das häufig als »Labor« umschriebene östliche Europa in seinen räumlichen, sozialen, politischen, kulturellen, rechtlichen und

wirtschaftlichen Dimensionen. Wenn man so will, ist ein Teil des »Labors« aktuell nicht mehr, nur begrenzt oder unter Hinnahme unmittelbarer physischer Gefahr zugänglich. Forschung und damit die Wissensproduktion ist für viele Wissenschaftler:innen in gewohnter Form unabhängig davon nicht mehr möglich, ob es sich nun um die Geistes- oder Sozialwissenschaften handelt oder ob qualitative oder quantitative Methoden der Datenerhebung angewandt werden.

Forschung findet trotz Freiheit der Wissenschaft nicht in einem politikfreien Raum statt. Doch bevor dies zu einer Nabelschau wird, gilt es die Perspektive nochmals zu erweitern. Unser »Labor« ist nicht statisch. Wissenschaftler:innen aus der Ukraine, aus Russland und auch Belarus und ihre Netzwerke sind in Bewegung geraten und haben sich unter anderem auch nach Deutschland und Europa verlagert. Stipendienprogramme für ukrainische Wissenschaftler:innen wurden in Deutschland vielerorts über Nacht organisiert. Schwieriger gestaltete es sich für Wissenschaftler:innen aus Russland und Belarus, Förderung und Formate zu finden, die ihre Heimat unter anderen Vorzeichen verlassen haben, aber deren Situation im Ausland häufig prekär ist. Die Migration von Wissenschaftler:innen bietet gleichzeitig Potenziale und Risiken. Sie eröffnet neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit in der Forschung und für die Ukraine auch im Hinblick auf den Wiederaufbau von Forschung und Lehre in der Zukunft. Ihre Mobilität und Anwesenheit kann auch den immer wieder starken Tendenzen des *Westplaining* Einhalt gebieten und die intellektuelle Souveränität von Forschung aus der Region über die Region stärken.

Wie und ob sich eine Pluralität an Diaspora-Communities entwickeln wird, ist derzeit noch nicht absehbar. Dennoch muss auch eingeräumt werden, dass nicht alle Wissenschaftler:innen langfristig von den deutschen, europäischen oder angloamerikanischen Wissenschafts- und Forschungssystemen aufgenommen werden können. Dies gilt insbesondere für die vielerorts an Ressourcenknappheit leidende Osteuropaforschung. Der »Virolog:innen-Moment« war also erst der Anfang. Die Osteuropaforschung musste 2022 in vielerlei Hinsicht mit einem Sprint in einen Ausdauerlauf starten, dessen Strecke noch nicht abzusehen ist. Das ist für alle Forschende eine Herausforderung, und zwar für den wissenschaftlichen und persönlichen Kompass zugleich. Doch eines sollte dabei feststehen: Wie die Forschung von Virolog:innen nicht allein auf die Coronavirus-Pandemie ausgerichtet sein kann, so kann auch die Osteuropaforschung in Deutschland wie auch international ihre Bedeutung nicht allein mit der Deutung von Krieg und Krise im östlichen Europa begründen. Vielmehr geht es um eine langfristige disziplinenübergreifende und grundlegende theoriegeleitete empirische Erforschung

des östlichen Europas. Dieses ist dabei kein bloßer »Konflikt-Container«, sondern ein relationaler Raum, der von einer Vielzahl von politischen, gesellschaftlichen, sozia-

len, wirtschaftlichen und kulturellen Brüchen, Umbrüchen und Transformationsprozessen geprägt war, ist und absehbar sein wird.

Über die Autorin

Dr. *Cindy Wittke* ist Leiterin der Politikwissenschaftlichen Forschungsgruppe am Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS) in Regensburg. Sie ist Teil des BMBF-geförderten Kompetenznetzwerks »Konflikt und Kooperation im östlichen Europa. Die Folgen der Neukonfiguration politischer, ökonomischer und sozialer Räume seit dem Ende des Kalten Krieges (KonKoop)« und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Russland-Analysen.

Zum Weiterlesen

- Kennedy, David (2016): *A World of Struggle: How Power, Law, and Expertise Shape Global Political Economy*, <https://press.princeton.edu/books/hardcover/9780691146782/a-world-of-struggle>.
- Kennedy, David (2004): *The Dark Sides of Virtue: Reassessing International Humanitarianism*, <https://www.jstor.org/stable/j.ctt7rsjc>.
- Libman, Alexander; Platzer, Niklas (2021): *Geschichte, Slawistik und der Rest*, <https://zeitschrift-osteuropa.de/hefte/2021/7/geschichte-slawistik-und-der-rest/>.
- Mührel, Linus (2022): »Wissenschaft« in Krisenzeiten, Rezension zu Kai Ambos, *Doppelmoral: Der Westen und die Ukraine*, <https://voelkerrechtsblog.org/de/wissenschaft-in-krisenzeiten/>.

Osteuropaforschung im Rampenlicht: ein Drahtseilakt zwischen Wissenschaft und Aktivismus

Alexander Libman (Freie Universität Berlin)

Die Osteuropaforschung spielte jahrzehntelang eine marginale Rolle in der öffentlichen Debatte. Der Krieg in der Ukraine hat sie auf einen Schlag in Rampenlicht gerückt. Eine größere gesellschaftliche Resonanz ist jedoch Segen und Fluch zugleich. Die öffentliche Debatte funktioniert anders als der wissenschaftliche Diskurs. Sie ist weniger an Komplexitäten, Nuancen und empirischen Beweisen interessiert, sondern setzt auf Moral, Wertungen und Emotionen, die der Krieg hervorbringt. Einige Forscher:innen beteiligen sich aktiv an dieser hochemotionalen und wertenden Diskussion und spielen nach deren Regeln. Dies könnte wiederum gravierende Auswirkungen auf die Osteuropaforschung haben.

Das erste Problem ist, dass in der wissenschaftlichen Diskussion selbst wissenschaftliche und normative Aussagen ständig vermischt werden. Wissenschaftliche Thesen und Beobachtungen können von politischen Akteuren instrumentalisiert werden. Der Tatbestand, dass eine wissenschaftliche Beobachtung von Putins Propaganda missbraucht werden kann, macht diese Beobachtung jedoch nicht falsch. Falls man Wissenschaft als Teil des Propagandakrieges wahrnimmt (und das ist heute oft der Fall), wird von Wissenschaftler:innen im Idealfall erwartet, dass sie ihre Thesen ständig darauf überprüfen, inwieweit sie zu einem politischen Narrativ passen

oder passen könnten. Im schlimmsten Fall wird den Forscher:innen sogar die Fähigkeit aberkannt, rein empirische Beobachtungen ohne politische Motive zu machen. Dabei wird übersehen: Zweifel an politischen Wirkungen der Sanktionen und Hinweise auf die Grenzen der Fähigkeit der Ukraine, den Krieg auf militärische Weise zu gewinnen, sind noch lange *kein* Zeichen der mangelnden Empathie mit der Ukraine. Wissenschaftliche Thesen dürfen lediglich mit wissenschaftlichen Methoden und Argumenten, nicht aber mit deren Einklang mit gewissen politischen Positionen unterstützt oder widerlegt werden.

Ein gutes Beispiel ist die Debatte über den Rückzug internationaler Konzerne aus Russland. Empirische Schätzungen zu diesem Thema sind schwierig. Je nach Methode kommen Forscher:innen zu verschiedenen Ergebnissen, die sich wiederum in ihrem Grad der Präzision unterscheiden. Wenn jedoch die Aussagen, dass viele internationale Unternehmen Russland nicht verlassen haben, als Versuch »zynischer Opportunisten« gedeutet wird, »fragwürdige oder sogar fabrizierte Daten« zu verwenden und »anti-ukrainisch« zu handeln (wie zum Beispiel in dem vielbeachteten Aufsatz »The Russian Business Retreat – How the Ratings Measured Up One Year Later« geschehen, der Anfang dieses Jahres von einem Autorenkollektiv unter der Leitung von

Jeffrey Sonnenfeld verfasst wurde https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=4343547), dann ist die Grenze der Wissenschaftlichkeit überschritten.

Ein weiteres Problem entsteht, wenn Forschungsgegenstände und -themen nicht aus der Logik der wissenschaftlichen (das heißt der Möglichkeit, zu bestehenden theoretischen Debatten beizutragen), gesellschaftlichen oder politischen Relevanz abgeleitet werden, sondern lediglich einen Signalcharakter haben und die normative Positionierung der Forschenden wiedergeben. Der Krieg in der Ukraine löste eine Debatte über die Dekolonisierung der Osteuropastudien aus, deren Ziel die Neuausrichtung der Forschung weg vom ehemaligen imperialen Zentrum sein soll. Es bestehen keine Zweifel, dass der Mangel an Forschung zur Ukraine, zum Südkaukasus oder Zentralasien ein gravierendes Problem darstellt, dem Abhilfe geschaffen werden muss. Wenn sich jedoch der Schwerpunkt der Osteuropaforschung lediglich aufgrund der normativen Positionierung verschiebt, entsteht eine doppelte Gefahr. Erstens könnte dies negative Auswirkungen auf die Wahrnehmung der Regionalwissenschaften in den Mainstream-Disziplinen haben. Die Politikwissenschaft oder die Volkswirtschaftslehre gehen davon aus, dass Forscher:innen ihre empirischen Fälle so auswählen, dass die Untersuchungen einen Beitrag zum Testen allgemeiner Theorien leisten können. Falls die Regionalwissenschaftler:innen Fälle nun auswählen, um ihre gesellschaftliche Positionierung zu signalisieren, dann entspricht dies eben nicht mehr den etablierten Kriterien der Mainstream-Disziplinen. Dies hat zur Folge, dass ihre Forschung von diesen Mainstream-Disziplinen als irrelevant eingestuft wird. Zweitens könnte die Forschung selbst (und nicht nur die Wahl der Forschungsgegenstände) von normativen Überlegungen verzerrt werden, indem sich die Methodik von der rigorosen und wertfreien Wissenschaftlichkeit entfernt und sich mit der Konstruktion von politisch motivierten Narrativen und Aktivismus vermischt (ein Diskussionsbeitrag zum Thema »Dekolonisierung der Osteuropaforschung« kann hier eingesehen werden: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/ukraine-krieg-chancen-und-risiken-dekolonisierter-osteuropaforschung-18228206.html>).

Osteuropaforscher:innen, die sich aktiv an der gesellschaftlichen Diskussion beteiligen, stehen außerdem vor einer weiteren Gefahr: Sie weiten mitunter den Bereich der eigenen Expertise derartig aus, dass dies nicht mehr gerechtfertigt erscheint. Regionalwissenschaften können nur dann zur wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Debatte beitragen, wenn sie regionalspezifisches und fachspezifisches Wissen (in Politik, Wirtschaft, oder Geschichte) mit wissenschaftlichen Theorien und Methoden kombinieren. Regionalspezifisches Wissen als solches reicht insbesondere dann nicht aus, wenn es

um Themen geht, die jenseits des eigenen Forschungsschwerpunkts liegen. Historische Forschung über das Russland des 18. Jahrhunderts befähigt nicht dazu, wissenschaftlich fundierte Aussagen über die gegenwärtige russische Politik zu tätigen. Unter Umständen ist eine Sozialwissenschaftler:in, der/die zwar nicht zu Russland forscht, aber über das notwendige theoretische und methodologische Handwerkszeug der Politikwissenschaft verfügt, kompetenter bei der Analyse russischer Politik, als eine Osteuropaspezialist:in ohne ein derartiges theoretische Fundament. Die Erfahrung der Sowjetologie zeigt, dass die Mainstream-Wissenschaften mit einem guten theoretischen Instrumentarium zum Teil präzisere Prognosen liefern als Regionalwissenschaften: Die Prognosen der österreichischen Schule der Nationalökonomie über den unausweichlichen Kollaps der Planwirtschaft erwiesen sich zum Beispiel präziser als Analysen der Osteuropaforschung. In der gesellschaftlichen Debatte des letzten Jahres gab es durchaus Fälle, wo Osteuropaforscher:innen sich resolut zu Themen geäußert haben, in denen sie keine methodische oder theoretische Kompetenz aufweisen können und zu denen sie auch empirisch nicht forschen. Zu denken wäre hier etwa an Historiker:innen, die zwar das Russland der Zarenzeiten oder die UdSSR erforschen, jedoch Aussagen über die Organisation des modernen russischen politischen Regimes oder Wirksamkeit der Sanktionen machen, oder Politikwissenschaftler:innen, die sich als Militärexpert:innen präsentieren. Im Ergebnis unterscheiden sich diese Wissenschaftlicher:innen dann nicht mehr von Journalist:innen. Sie bedienen wohl die gesellschaftliche Nachfrage nach »öffentlichen Intellektuellen«, machen jedoch Aussagen über sehr spezifische Themen ohne Kenntnisse der Faktenlage oder der aktuellen wissenschaftlichen Forschung dazu. Dies könnte letzten Endes auch das Ansehen der Wissenschaft in der Gesellschaft schwächen, falls sich diese Aussagen als falsch erweisen.

Es ergeben sich noch weitere Probleme. Wissenschaftler:innen können sich an der gesellschaftlichen Diskussion nicht nur als Forschende mit ihrer Fachexpertise, sondern auch als gewöhnliche Bürger:innen beteiligen, denen es freisteht, rein normative, wertende Aussagen zu tätigen. Solche normativen Aussagen sollten dann aber weder von den Wissenschaftler:innen noch von den Medien, die diese Wissenschaftler:innen zitieren, als »wissenschaftliche Erkenntnisse« präsentiert werden. Wertungen entstehen hier nicht aus dem wissenschaftlichen Forschungsprozess, sondern aus persönlichen Überzeugungen. Wertungen können jedoch dafür verwendet werden, aus den Forschungsergebnissen Handlungsempfehlungen abzuleiten. Aber eine Wertung, die eine Osteuropaforscher:in präsentiert, ist nicht mehr (oder weniger) wissenschaftlich

als die einer anderen Person. Es ist und bleibt eine Wertung.

Eine klare Grenze zwischen wertenden und wissenschaftlichen Aussagen in der öffentlichen Diskussion zu ziehen ist freilich ungemein schwer. Allein der Sachverhalt, dass jemand als Wissenschaftler:in in den Medien vorgestellt wird, verleiht den Leser:innen oder den Zuhörer:innen den Eindruck, dass diese Person »wissenschaftliche Forschungserkenntnisse« präsentiert. Aber es gibt auch Fälle, wo Wissenschaftler:innen selbst versuchen, ihre wertenden Aussagen mit Bezugnahme auf ihren Status als Forschende zu untermauern – und das ist dann besonders problematisch. Ein anschauliches Beispiel stellt die Diskussion um öffentliche Briefe zum Ukrainekrieg in den deutschen Medien dar. Dass es in der Gesellschaft zur Rolle Deutschlands verschiedene normative Vorstellungen gibt, ist für eine Demokratie selbstverständlich. Problematisch wird es jedoch dann, wenn behauptet wird, dass einige dieser öffentlichen Briefe mehr Gehör als andere verdienen, weil sie von Osteuropaforscher:innen erstunterzeichnet wurden und die anderen Briefe von anderen Forscher:innen, Intellektuellen oder der Allgemeinheit kommen.

Hier sollten die Osteuropaforscher:innen ihre normative Position von ihrer Expert:innenrolle trennen. Falls die eine oder die andere Aussage in der öffentlichen Diskussion (etwa in den öffentlichen Briefen) auf empirisch falscher Grundlage gemacht ist (z. B., falsche Aussagen zur ukrainischen Identität), können (und müssen) Osteuropaforscher:innen dieser Aussage in der

öffentlichen Debatte widersprechen und sich dabei auf ihre Fachexpertise beziehen. Falls aber die Aussage sich darauf bezieht, welche normativen Schlussfolgerungen aus eigentlich korrekten empirischen Aussagen folgen, sollten die Osteuropaforscher:innen darauf verzichten, ihren Expert:innenstatus zu betonen. Die Verbreitung dieser normativen Wertungen unter Osteuropaforscher:innen ist irrelevant: es geht nach wie vor um Wertungen.

Die Wissenschaft kann eine sehr wichtige Rolle in der gesellschaftlichen Debatte einnehmen, indem sie die Komplexität der Phänomene betont, zum Zweifeln an herkömmlichen Vorstellungen und Thesen anregt oder generell eine kritische und offene Diskussion fördert. Die zentrale Prämisse der wissenschaftlichen Forschung (und der Grund, warum es die Wissenschaft überhaupt gibt) ist eben die Komplexität der Welt und deren Zusammenhänge: Hier unterscheidet sich die Wissenschaft fundamental von anderen gesellschaftlichen Diskursen, die viel mehr zu einer »Schwarz-Weiß-Sicht« tendieren. Die Wissenschaft kann freilich versuchen, sich ihren hohen Status in der Gesellschaft zunutze zu machen, um wertende Aussagen zu unterstützen, zu mobilisieren oder herkömmliche Vorstellungen zu affirmieren. Aber dafür wird die Wissenschaft eigentlich nicht gebraucht. Denn es gibt andere Akteure zuhauf, die mit Wertungen und normativen Forderungen aufwarten. Im schlimmsten Fall verspielt die Wissenschaft ihre eigene Reputation in der Gesellschaft.

Über den Autor

Alexander Libman ist Professor für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Osteuropa und Russland an der Freien Universität Berlin.

Ein Moment der Selbstreflexion für Russlandstudien

Marlene Laruelle (George-Washington-Universität, Washington D.C.)

Russlands Krieg gegen die Ukraine kam für den Bereich der Russlandstudien einem tektonischen Beben gleich. Das Beben entspringt zu großen Teilen der Notwendigkeit, kollektiv über die systemischen Charakteristika der Disziplin, deren Verortung in der globalen Wissenschaft, die internen Schief lagen und die blinden Flecken zu reflektieren.

Das soll nicht heißen, dass die Disziplin »versagt« hätte und sich ganz einer umfassenden Selbstbeziehung hingeben sollte. Die Russlandstudien sahen sich zum einen dem Vorwurf gegenüber, dass sie bei der »Prognostizierung des Krieges versagt« hätten. Hier ließe sich allerdings einwenden, dass Vor-

hersagen nicht das vorrangige Metier von Sozialwissenschaft ist – und der Umstand, dass im Feld der militärischen Studien zu Russland eine Invasion in Wirklichkeit präzise vorhergesagt wurde (<https://www.foreignaffairs.com/articles/ukraine/2021-11-22/russia-wont-let-ukraine-go-without-fight>).

Zweitens hat die Disziplin, wie Timothy Frye gezeigt hat (<https://nationalinterest.org/feature/russian-studies-thriving-not-dying-22547>), wichtige wissenschaftliche Beiträge geliefert, insbesondere wenn es um die Integration einiger Aspekte postkommunistischer oder postsowjetischer »Regionalstudien« und statistischen, experimentellen Methoden sowie jenes Segments der

vergleichenden Politikwissenschaft geht, die von der Politikökonomie beeinflusst ist. Gleichwohl benötigen einige strukturelle Merkmale der Disziplin einer dringenden internen Überprüfung, insbesondere angesichts exogener Schocks (<https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/1060586X.2022.2148814>). Die Sonderausgabe von »Post-Soviet Affairs« vom Herbst 2022 hat die Fruchtbarkeit einer solchen Maßnahme auf herausragende Weise anschaulich gemacht (<https://www.tandfonline.com/toc/rpsa20/39/1-2?nav=toCList>).

Das erste Merkmal von zentraler Bedeutung ist die geografische Isoliertheit der Disziplin und die in ihr bestehende Machthierarchie. Englischsprachige Forschungen sind zumindest im sozialwissenschaftlichen Bereich weitgehend autark und verfügen nur über wenig Wissen um (oder nehmen wenigstens Bezug auf) das, was jenseits der englischsprachigen Welt produziert wird. Die spärlichen Bezüge zu russischsprachiger Literatur täuschen über den Reichtum an russischsprachigen Publikationen) <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/1060586X.2022.2164450> hinweg, der bereits durch einen Besuch eines intellektuellen Hotspots, etwa des Moskauer Buchgeschäfts Falanster offensichtlich würde – zumindest bis zum Beginn des großangelegten Krieges. Und dabei ist noch nicht einmal berücksichtigt, was in den regionalen Hauptstädten Russlands veröffentlicht wird, deren Publikationsmärkte von denen in Moskau und St. Petersburg entkoppelt sind. Selbst in der sogenannten westlichen Wissenschaftswelt überschreiten Publikationen auf Französisch, Deutsch und anderen Sprachen selten ihre nationalen Grenzen, um von der englischsprachigen Literatur aufgegriffen werden zu können. Im Gegensatz hierzu haben es die Geschichts- und Literaturwissenschaft besser vermocht, die Forschung vor Ort zu integrieren.

Ein zweiter Aspekt besteht darin, dass im Gegensatz zu den »Sowjetstudien« früherer Tage Sozialwissenschaftler:innen, die heute zu Russland arbeiten, nur selten angeregt werden, in einen Dialog mit den Geisteswissenschaften zu treten oder sie gar zu studieren. Wie viele der US-amerikanischen Politologen, die sich mit Russland befassen, haben wirklich Wiktor Pelewin gelesen? Globaler und struktureller gesehen (<https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/1060586X.2022.2161232>) haben die Sozialwissenschaftler damit zu kämpfen, ihren selbsterklärten Anspruch auf Multidisziplinarität oder zumindest Interdisziplinarität in der Praxis umzusetzen. Einige Segmente der englischsprachigen politikwissenschaftlichen Forschung zu Russland haben durch eine Betonung eines Bedarfs an Forschung für eine Bestimmung der Kausalitäten (<https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/1060586X.2022.2148446>) dazu beigetragen, dass man sich zu sehr auf Daten aus Studien von experimentellem

Zuschnitt verließ, zu Lasten einer möglichen Interaktion mit Historiker:innen, Kulturanthropolog:innen, Soziolog:innen oder Geograf:innen. Auch erfolgte hier eine weitgehende »Abschottung« innerhalb des »westlichen« und insbesondere des englischsprachigen Bereichs. Schließlich weisen russische Publikationen sehr viel tieferegreifende Ansätze auf. Und bis auf (<https://blogs.gwu.edu/arcticpire/>) marginale, untergeordnete Bereiche wie die russische Arktispolitik, den Klimawandel und die Politik zu den Nachhaltigkeitszielen gibt es in der englischsprachigen Forschung zwischen Gesellschaftswissenschaften, der Geografie und den Naturwissenschaften sogar noch weniger Dialog.

Ein dritter Aspekt steht im Zusammenhang mit der Abfolge der Prismen oder Objektive, die an Russland angelegt werden und die zu Verzerrungen der Analyse geführt haben. Es lassen sich wenigstens vier solcher Prismen identifizieren. Zum einen wäre da ein auf Putin konzentriertes Prisma, wodurch Russland durch die Figur des Präsidenten, über dessen beruflichen Werdegang und seine engere Umgebung betrachtet wird. Dabei wird versucht, Putins ideologische Gurus auszumachen, seine angeblich »irrationale Geisteshaltung« zu beleuchten oder eine rein instrumentalistische Analyse des Regimes vorzulegen.

Das zweite Prisma ist eine moskautreuzentrierte Sicht auf Russland, bei der die Hauptstadt und ihre relativ liberal eingestellten Bewohner:innen andere, regionale Sichtweisen verdecken, die oft ideologisch vielfältiger und im Allgemeinen nuancenreicher sind. Ebenso werden international gut vernetzte russische Wissenschaftler:innen aus den beiden Hauptstädten häufig als die einzigen legitimen »Stimmen Russlands« betrachtet – weil sie die einzigen sind, die man im Westen kennt. Und weil sie in der Lage sind, dessen Sprache zu sprechen, und zwar buchstäblich wie im übertragenen Sinne.

Drittens gibt es eine ethnisch russisch ausgerichtet Betrachtung Russlands, bei der die ethnischen Minderheiten, zu denen in den 1990er Jahren noch so intensiv geforscht wurde, nun zu einem der blinden Flecken der Forschung geworden sind. Das trägt zu den Schwierigkeiten bei, potenziell »versteckte Skripte« von Resentiment zu erfassen. Dies wird durch die im Westen allgemein mangelnden Kenntnisse der nichtrussischen Sprachen des Landes verschlimmert. Zudem wird die Identitätspolitik der Minderheiten marginalisiert und als »untergeordneter Bereich« betrachtet, der die allgemeinen Merkmale Russlands nicht erklären kann.

Und schließlich wird Russland, dessen Regime und seiner Gesellschaft ein auf den Westen zentriertes Prisma auferlegt, durch das diese stets mit dem Westen verglichen werden, die dadurch als offensichtlicher normativer Maßstab dienen. Durch diesen Ansatz, der den Westen als einzigen Spiegel für Russland annimmt, werden

Sichtweisen auf Russland aus nichtwestlicher Perspektive unverhohlen ausgeschlossen. Wissenschaftler:innen aus Nachbarländern Russlands verlangen zunehmend, als Akteur:innen anerkannt zu werden, die Russland aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen interpretieren können. Auch Wissenschaftler:innen aus dem globalen Süden betrachten Russland und den Westen durch ihre eigenen Prismen und aufgrund eigener Erfahrungen, unter anderem mit einem eindringlich postkolonialen Ansatz.

Wie und wohin soll es weitergehen? Ein erster Schritt wäre, die wissenschaftlichen Ungleichheiten bei der Wissensproduktion (von denen es viele gibt) einzugestehen. Der offensichtlichste Ausgangspunkt ist wohl, dass einheimische Wissenschaftler:innen und vor Ort produzierte Arbeiten als sehr wichtige Ergänzungen für die Disziplin anerkannt werden, die nicht ignoriert werden können. Es bestehen aber auch andere Wissenshierarchien: die von englischsprachigen Arbeiten über nicht-englischsprachige, von westzentrierten Sichtweisen über jene aus der postsowjetischen Welt und dem globalen Süden; von der Politikwissenschaft – der Königsdisziplin, von der das (westliche) Verständnis von Russlands Regimes und Gesellschaft entwickelt wird – über die Soziologie, die Kulturanthropologie, die Geschichts- und Geisteswissenschaften.

Ein zweiter Schritt wäre es, feinmaschigere und »Graswurzel«-Ansätze vorzuziehen, die ein dichteres konzeptionelles Wissen ermöglichen. Die Sonderausgabe von »Post-Soviet Affairs« weist uns hier den Weg. Es würde unter anderem folgendes bedeuten: die Fragen zu ändern, die wir stellen; sich der Fragen bewusst zu sein,

Über die Autorin

Marlene Laruelle ist Forschungsprofessorin am und Direktorin des *Institute for European, Russian, and Eurasian Studies* (IERES) an der George-Washington-Universität. Sie leitet am IERES das Russlandprogramm und das Programm der Illiberalismus-Studien. Sie ist darüber hinaus Ko-Direktorin von *PONARS Eurasia*.

Wissenschaft im Krieg: Die Verantwortung der Regionalstudien und was daraus folgt

Jan Matti Dollbaum (Universität Bremen)

Welche Rolle sollte die Wissenschaft, und speziell die Russlandforschung, angesichts des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine spielen? Präziser und handlungsorientierter könnte man fragen: Haben wir als Wissenschaftler:innen eine bestimmte Verantwortung? Aus meiner Sicht ist die Antwort darauf eindeutig »ja«. Für eine fundierte Begründung reicht hier weder der Platz noch die philosophische Bildung des Autors. Es soll deshalb ausreichen, auf die Rolle der Wissenschaft

die mit aggregativen Ansätzen zusammenhängen und auch mit der Notwendigkeit, Umfragedaten mit qualitativer Analyse zu kombinieren (<https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/1060586X.2022.2151767>); zu lange vernachlässigten ethnografischen Methoden zurückzukehren (<https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/1060586X.2022.2151275>); gesellschaftliche Transformationen über Generationen hinweg zu betrachten (<https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/1060586X.2022.2147382>); vulnerable Teile (soziale (<https://postsocialism.org/author/jeryoma/>) und ethnische (<https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/1060586X.2022.2156222>) Gruppen der Bevölkerung stärker in den Blick zu nehmen; Anleihen bei der Sozialpsychologie (<https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/1060586X.2022.2152261>) zu machen, um auf Ressentiments gegründete Politik und kollektive Emotionen zu untersuchen; und sich für neue komparative Rahmen öffnen.

Für den Bereich der Russlandstudien ist es eine Zeit der Transformation. Russlandforscher:innen haben die Gelegenheit – und die Pflicht –, sowohl die systemischen Eigenschaften ihrer Disziplin zu überdenken, als auch dazu beizutragen, dass die Objektive, durch die Russland betrachtet wird, sich ändern. Und zwar in der Hoffnung, einen bescheidenen Beitrag für neue Wege hin zu einer friedlichen Koexistenz der Nationen zu leisten, die sich den europäisch-asiatischen Kontinent teilen.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

als Institution der gesellschaftlichen Selbsterkenntnis und -korrektur zu verweisen. Aus der Kombination von Expertise und dem aktuell erhöhten Bedarf an politik- und diskursrelevanten Kenntnissen der Region ergibt sich daher eine grundsätzliche Pflicht zur öffentlichen Beteiligung. Was aber bedeutet das? Diese Frage wird hier erstens für Medienbeiträge und Wissenstransfer und zweitens mit Blick auf die Forschungs- und Kooperationspraxis erörtert.

Wissenschaft zur Diskurskorrektur

In der deutschen Debatte kursieren viele Halb- und Unwahrheiten über Russland und seine politische Führung. So wird Russlands Aggression noch immer als geopolitisch determinierte Großmachtpolitik relativiert, es herrschen zuweilen kulturessentialistische Argumente vor (»Russland wird immer autoritär und imperial sein«), und die russische Bevölkerung wird bald als faschistisch elektrisiert eingestuft, bald als willenlos der Propaganda ausgeliefert. Hier gilt es aufzuklären über Putins offen erklärte imperialistische Leitmotivation, die historischen Beispiele institutionellen und kulturellen Wandels sowie den klientelistischen und demobilisierenden Charakter des Regimes, das gleichwohl auf genuine (wenn auch passive) Unterstützung in der Bevölkerung angewiesen ist. Es gäbe also viel zu tun für echte Expert:innen. Die Voraussetzung dafür ist natürlich erst einmal, dass sie in den großen Medien überhaupt zu Wort kommen.

Diese Verantwortung wahrzunehmen, bedeutet aber auch, sich gegen die zahlreichen Unwägbarkeiten und Herausforderungen zu wappnen, die mit der Beteiligung an öffentlichen Debatten einhergehen. Erstens dürfen sich Wissenschaftler:innen nicht zu »content creators« machen lassen. Ist die Sendezeit zu kurz oder ist zu wenig Platz für eine (zumindest einigermaßen) differenzierte Stellungnahme, oder ist zu befürchten, dass die Besetzung der Diskussionsrunde eine »false balance« herstellt oder die Ausrichter eher an Kontroverse als an konstruktivem Austausch interessiert sind, dann ist eine Absage die bessere Entscheidung – auch um den Expert:innenstatus zu wahren.

Zweitens sollten wir der Versuchung widerstehen, uns zu Themen zu äußern, die außerhalb unserer Expertise liegen. Das betrifft gerade Situationen, in denen das verständliche Bedürfnis nach Ausbalancierung aufkommt. Hier mögen wir uns zur Verteidigung einer aus unserer Sicht unterrepräsentierten Position berufen fühlen – laufen aber in Ermangelung eigener Forschungsergebnisse oder genauer Literaturkenntnis Gefahr, lediglich politische Talking Points zu reproduzieren. Wenn ein schlecht informierter Beitrag den Stempel der Wissenschaftlichkeit erhält, droht er eher Schaden anzurichten als zu nützen.

Drittens stellt die breite Öffentlichkeit besondere Anforderungen an die Kommunikationsfähigkeiten. Wer etwa befürchtet, dass ihm oder ihr ein Versuch der Erklärung russischer Aggression als ein Versuch der Entschuldigung derselben ausgelegt wird, wird eine solche Erklärung vielleicht gar nicht erst versuchen, auch wenn sie dringend notwendig ist. Um Missverständnissen – zuweilen auch absichtlichen – vorzubeugen, kann es in solchen Fällen nötig sein, eine persönliche Wertung abzugeben. Analyse und Wertung müssen dann

aber jeweils klar als solche erkennbar sein und auseinandergehalten werden.

Die Voraussetzungen

Die Aufgabe der öffentlichen Beteiligung berührt aber auch die Schaffung und Erhaltung von Voraussetzungen, in denen die Regionalforschung für die breite Öffentlichkeit und für die Sozialwissenschaften überhaupt wertvolle Erkenntnisse generieren kann. Erstens ist stetige Selbstkorrektur dringend notwendig, wenn die Russlandforschung ihre Fähigkeit zur Intervention in die allgemeine Diskussion behalten und glaubhaft vertreten will. Dazu gehört selbstverständlich die Selbstreflexion in Bezug auf die »Dekolonisierung«. Diese bedeutet aus meiner Sicht jedoch nicht, dass Forschung zu Russland einen geringeren Stellenwert beanspruchen sollte – die genaue Kenntnis Russlands ist weiterhin notwendig, auch wenn die Beschäftigung mit dem Aggressorstaat möglicherweise schwerfällt. Die Wichtigkeit Russlands sollte aber – anders als früher oft die Regel war – keine Ausrede für die Unkenntnis Ost- und Ostmitteleuropas sein. Gute Russlandforschung ist vergleichende Forschung, sowohl innerhalb der Region als auch mit Blick auf autoritäre Regime weltweit.

Zweitens müssen wir uns trotz aller Widrigkeiten, die der Krieg und die Autokratisierung Russlands mit sich bringen, darum bemühen, die Qualität unserer Daten sicherzustellen. Dazu gehört, sich neue Methoden anzueignen und unorthodoxe Wege der Datenerhebung auszuprobieren – so es die Regeln guter wissenschaftlicher Praxis und die (je Institut durchaus unterschiedlichen) selbstaufgelegten Einschränkungen erlauben. Fehlen gute Daten, so sollten wir uns mit Aussagen zurückhalten.

Drittens spielt auch die Möglichkeit fortgesetzter Kooperation eine wichtige Rolle. Eine Selbstverständlichkeit sollte es sein, neben der prioritären Hilfe für ukrainische Kolleg:innen auch russischen Wissenschaftler:innen zu helfen, die durch ihre Arbeit zum politischen System und zum Widerstand dagegen selbst in Gefahr geraten sind. Über diese direkte Hilfe hinaus sollten Wege gesucht werden, die individuelle Zusammenarbeit fortzusetzen, auch wenn der Weg nach Russland zunächst verschlossen bleibt. Istanbul und Astana entwickeln sich gerade zu solchen neuen Orten für Summer Schools und Workshops. Allerdings darf diese Kooperation nicht zulasten der Beziehungen zu ukrainischen Kolleg:innen gehen. Was dies konkret bedeutet, muss im Einzelfall bedacht werden – aber bedacht werden muss es unbedingt. Denn Russland ernsthaft im regionalen Kontext zu verstehen, bedeutet auch, Sensibilität im forschungspraktischen Umgang mit Russland zu entwickeln.

Fazit

Die Aufgabe, sich an der öffentlichen Debatte zu beteiligen, erfordert also zum einen den reflektierten Umgang mit den Schwierigkeiten des Wissenstransfers und schließt zum anderen Selbstreflexion, empirische Gründlichkeit und sensible Kooperation ein. Doch über diese hohen Ansprüche an jede:n Forscher:in sollte nicht die Forderung an die Politik vergessen werden, die nötigen materiellen Voraussetzungen zu schaffen und zu erhalten – insbesondere durch die Förderung regio-

nalwissenschaftlicher Institute und den Aufbau langfristiger Perspektiven für den »Nachwuchs«. Das richtet sich auch an die Hochschulen. Denn dazu gehört auch, etwa bei der Besetzung von Stellen in »generellen« Disziplinen wie der Soziologie und der vergleichenden Politikwissenschaft Expertise zu Osteuropa und solche zu Westeuropa gleich zu behandeln. Es gilt also: Wenn die Regionalforschung einen Beitrag zur (Dis-)Kurskorrektur leisten soll, dann muss sie dabei unterstützt werden.

Über den Autor

Dr. Jan Matti Dollbaum ist wissenschaftlicher Mitarbeiter (Post-Doc) an der Universität Bremen. Ab Oktober 2023 wird er an der LMU München eine internationale Nachwuchsforschungsgruppe zu Repräsentation und Mobilisierung im postsowjetischen Raum leiten.

Verträgt sich politisches Engagement und Wissenschaft? Zur öffentlichen Position des Fachs Osteuropäische Geschichte

Corinna Kuhr-Korolev (Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschungen, Potsdam)

Der Blick zurück in die Vergangenheit verspricht Orientierung gerade in Zeiten, in denen die Zukunft besonders im Dunkeln liegt. Wenn noch dazu auf der Region, in der die Katastrophe stattfindet, ein Schatten der Unkenntnis liegt, sind Leute gefragt, die Erklärungen liefern können. Entsprechend spürten Osteuropahistoriker:innen nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine deutlich, dass ihr Wissen plötzlich in den Medien sehr viel stärker gefragt war als zuvor. Die Nachfrage stieß auf große Resonanz im Fach, weil die von Putin betriebene Geschichtsklitterung eine eindeutige Reaktion und Richtigstellung verlangte. Schon seit den frühen 2000er Jahren veröffentlichten Kolleg:innen zahlreiche Studien zum russischen »Kampf um historisches Hoheitsgebiet«, zu den eskalierenden *memory wars* im Osten Europas und dem Missbrauch historischer Argumentationen für propagandistische Zwecke. Der Vorstand des Verbandes der Osteuropahistoriker:innen bezog mit einem offenen Brief Stellung, als die russische Botschaft zum 75. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs einen Artikel Putins zur Deutung dieses Ereignisses per E-Mail an alle Institute für Osteuropäische Geschichte versandte (https://lisa.gerda-henkel-stiftung.de/geschichtspolitik_entspannungspolitik). Seit der Annexion der Krim war zudem spürbar, dass ein Teil der deutschen Öffentlichkeit russische Argumentationsmuster übernahm. Es herrschte weitgehende Einigkeit im Fach darüber, dass es in unserer Verantwortung lag, uns öffentlich klar zu positionieren, die Strategien russischer Propaganda aufzudecken und historisch unhaltbare Thesen zu widerlegen.

Vor diesem Hintergrund bewirkte der russische Angriff keine gewandelte Position im Fach, sondern die Bestätigung, dass Wissenschaft sich in gesellschaftliche Debatten einmischen und Expertise bereitstellen muss. Konkret bedeutete dies nach dem 24. Februar 2022, dass Kolleg:innen zunächst die historischen Aussagen, die Putin in seiner Kriegserklärung verlesen hatte, analysierten und entkräfteten. In den folgenden Monaten nutzten sie die unterschiedlichsten medialen Formate und gesellschaftliche Foren, um grundlegendes Wissen zur Geschichte und Gegenwart Russlands und der Ukraine zu vermitteln. Neben Interviews mit der Presse führten sie Gespräche in Schulen, nahmen an Gesprächen mit Bürger:innen teil und kooperierten mit Informationsportalen wie *dekoder* oder *zeitgeschichte | online*. Schwer zu beurteilen ist allerdings, wie groß der Einfluss auf politische Entscheidungsträger:innen und auf die Öffentlichkeit ist. Als eine Stimme in einem Chor mit Kolleg:innen aus anderen Wissenschaftsdisziplinen, Aktivist:innen von NGOs und Journalist:innen scheint die Osteuropäische Geschichte ein gewisses Gewicht zu haben.

Der Schock, den der russische Angriff hervorrief, führte zunächst zu einer Orientierungslosigkeit in breiten Kreisen der deutschen Bevölkerung. Verschiedene Positionen fanden Gehör. Mittlerweile lässt sich beobachten, dass Polarisierungen, die schon vorher bestanden hatten, sich wieder etablieren und dass es schwieriger wird, mit sachlichen Argumenten gegen eine Verharmlosung russischer Aggression oder einer Opferumkehr

anzukommen. Sich als Historiker:in und Friedensforscher:in deklarierende Dilettant:innen, die mit Ängsten und Antiamerikanismus Geschäfte machen, gelingt es, eine große Zuhörer- oder Leserschaft zu gewinnen. Der Querdenkerdiskurs der Coronazeit findet hier eine Fortsetzung und neue Stoßrichtung. Angesichts des aggressiven und gelegentlich mit juristischen Mitteln geführten Kampfs um die öffentliche Meinung mag der Rückzug in den wissenschaftlichen Elfenbeinturm reizvoll sein, aber es ist nicht der Weg, den kritische Wissenschaft beschreiten sollte. Nicht jede und jeder muss ständig auf Twitter, Facebook oder anderen Kanälen präsent sein. Denjenigen, die sich weniger exponieren möchten, stehen verschiedene andere Möglichkeiten zur Verfügung, Position zu beziehen.

Wie jedoch verträgt sich gesellschaftspolitisches Engagement, das Partei ergreift, mit der Forderung, Wissenschaft müsse ausgewogen Ereignisse analysieren und bewerten? Welche Regeln sollten beachtet werden, damit das Ansehen von Wissenschaft nicht leidet, damit gesichertes Wissen nicht im Strom beliebig formulierter Ansichten versinkt und seinen Wert verliert? Alle Vertreter:innen der Wissenschaft, die sich öffentlich lautstark äußern, sollten sich immer auch ihrer Verantwortung dem Fach gegenüber bewusst sein. Dies erfordert, sich über die eigene Intention und Expertise im Klaren zu sein. Im Idealfall würden sich Kolleg:innen nur zu Themen äußern, zu denen sie selbst auch geforscht haben oder mit denen sie sehr gut vertraut sind. Angesichts des Mangels an Osteuropaexpertise lässt sich solch einer Prämisse nicht folgen. Umso notwendiger ist es, offenzulegen, wo der Boden gesicherten Wissens verlassen und das der persönlichen Mei-

nung betreten wird. Mediale Präsenz ist verführerisch. Die Aufmerksamkeit, die ein schnell geschriebener Artikel in den deutschen Leitmedien hervorruft, ist weit aus größer als ein sorgfältig recherchierter Fachaufsatz. Wer einmal auf den Radar der Medien gekommen ist, bekommt ständig neue Anfragen und erliegt leicht der Gefahr, sich selbst Expert:innenstatus für die verschiedensten Themen zuzuschreiben. Hier ist Selbstkritik angesagt. Statt zu allem selbst etwas sagen oder schreiben zu wollen, sollte man überlegen, ob ukrainische oder russische Kolleg:innen aus ihrer Perspektive heraus dazu eher einen interessanten Beitrag leisten können. Ebenso muss dem wissenschaftlichen Nachwuchs, der empirische Forschung betreibt und neues Wissen schafft, aktiv ein Zugang zu den Medien und damit der Weg in die Öffentlichkeit geebnet werden.

Die Osteuropäische Geschichte »profitiert« tragi-scherweise vom Krieg in der Ukraine, weil er eine breitere Aufmerksamkeit für Themen schafft, mit denen sich das Fach beschäftigt. Die Chancen, die dies bietet, sind bisher nicht ausreichend genutzt worden. Der Großteil der Beiträge in den Medien stellt eine Reaktion auf aktuelle Ereignisse dar und kommt auf Initiative von Journalist:innen zustande. Viel mehr als bisher könnte das Fach selbst aktiv Themen einbringen, den medialen Raum mitgestalten und damit insgesamt den Blick der deutschen Öffentlichkeit auf Osteuropa weiten und verändern. Darüber hinaus sollten aktuelle Fachdebatten, wie die um die geforderte Dekolonisierung der Osteuropaforschung, nach außen getragen werden, um entsprechende öffentliche Diskussionen anzustoßen. Vielleicht gelänge es dann endlich, die Russlandzentriertheit der deutschen Politik und Gesellschaft aufzubrechen.

Über die Autorin

Dr. *Corinna Kuhr-Korolev* ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschungen in Potsdam. Derzeit erforscht sie im Rahmen des ERC-Projekts »Perestroika from Below« den Wandel des (post-)sowjetischen Museumswesens. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Jugend- und Bildungspolitik der Sowjetunion, NS-Kunstraub in Osteuropa, Besatzungsgeschichte sowie die gesellschaftlichen Umbrüche in Russland seit der Perestroika.

Zum Weiterlesen

- Annette Schuhmann und Maike Lehmann (Hg.), Die Wirklichkeit ist angekommen ... Ein Dossier aus Anlass des russischen Überfalls auf die Ukraine, in: *zeitgeschichte* | online, März 2022, <https://zeitgeschichte-online.de/themen/die-wirklichkeit-ist-angekommen>.
- Russlands Krieg gegen die Ukraine. Fragen und Antworten. <https://specials.dekoder.org/russland-ukraine-krieg-faq/>
- E-Learning-Kurse zu Geschichte und Gegenwart der Ukraine, <https://www.copernico.eu/de/start>

Mediamasterskaja: Wissenschaftsjournalismus – seine Bedeutung und seine Herausforderungen

Leonid A. Klimov (dekoder) und Darja Sarkissjan (Meduza)

Einleitung von Dekoder

Wo liegen die Besonderheiten des wissenschaftlichen Journalismus, wie geht man mit schwierigen Quellen um und was macht die Arbeit des Wissenschaftsredakteurs so aktuell? In der vorerst letzten Folge unseres russischsprachigen Mediamasterskaja-Podcasts sprachen wir mit ausgewiesenen Wissenschaftsjournalisten über ihren Berufsalltag, die komplexen Feinheiten des Berufs als Wissenschaftsredakteur und die häufigsten Fehler bei der Arbeit. In dieser Podcast-Folge waren zu Gast: Leonid Klimov, Wissenschaftsredakteur bei dekoder, und Darja Sarkissjan, medizinische Redakteurin bei Meduza. Wir bringen einige Auszüge aus dem russischsprachigen Podcast in deutscher Übersetzung.

Leonid Klimov: Ich bin wissenschaftlicher Redakteur bei *dekoder.org*, einem Medium, das auf Deutsch und auf Russisch erscheint. Die deutschsprachige Version, für die ich zuständig bin, beschäftigt sich mit Russland und Belarus. Wir übersetzen unabhängige Medien aus Russland und Belarus ins Deutsche. Weil die Texte in erster Linie für das russische beziehungsweise belarussische Publikum geschrieben wurden, enthalten sie häufig vieles, das für den europäischen – in diesem Fall deutschen – Leser unverständlich ist (wie spezifische Realien, historische Ereignisse und so weiter). Um nur ein anschauliches Beispiel zu nennen, das mit der wörtlichen Übersetzung von Begriffen zu tun hat: Nehmen wir die Begriffe »Liberalismus«, »Demokratie« – im russischen Kontext können sie etwas anderes meinen, als gemeinhin im deutschen Kontext darunter verstanden wird. Wenn der europäische Leser den Begriff »liberal-demokratische Partei« liest, stellt er sich eine liberal-demokratische Partei vor. Er käme nicht auf die Idee, dass sich dahinter eine rechtsradikale Organisation verbergen könnte, die von jeher von ein und derselben Person angeführt wird.

In unseren Texten gibt es viele solcher Beispiele, deshalb haben wir von Anfang an – als wir 2015 an den Start gingen – beschlossen, dass wir ein »Kompetenzmodul« brauchen. Dabei handelt es sich um ein System von kurzen Artikeln zu allen möglichen Themen, von »Wer ist Alexej Nawalny?« bis hin zu der Frage, warum die Russen ihre Wände so gerne mit Teppichen schmücken. Die Texte werden von Wissenschaftlern aus verschiedenen – in der Regel europäischen – Forschungseinrichtungen für uns geschrieben. Als Redakteur war ich an der Entstehung und Weiterentwicklung dieses Textgenres beteiligt und betreue die ganze Infrastruktur. Das ist meine primäre Aufgabe bei *dekoder.org*.

Daneben bin ich für die Koordination des Projekts dekoder-Lab verantwortlich, in dessen Rahmen wir Specials an der Schnittstelle von Journalismus und Forschung herausbringen. Diese Specials werden in Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen erarbeitet, wie dem Forschungszentrum Osteuropa in Bremen oder der Universität Basel, und behandeln ganz unterschiedliche Themen: Das erste Special war der Annexion der Krim gewidmet, das jüngste – der Geschichte der Dissidenten-Bewegung in der UdSSR.

Mediamasterskaja: Warum ist Wissenschaftsjournalismus so wichtig?

Leonid: Wissenschaftsjournalismus ist in erster Linie Journalismus. Genau, wie es investigativen, politischen, Wirtschafts- und Kulturjournalismus gibt, gibt es auch den wissenschaftlichen. Je nach Genre verändert sich der Gegenstand, aber die Prinzipien der journalistischen Arbeit bleiben dieselben.

Ein Wissenschaftsjournalist muss also zum Beispiel wie jeder andere Journalist die Ergebnisse einer wissenschaftlichen Untersuchung kritisch hinterfragen. Die Besonderheiten des wissenschaftlichen Journalismus hängen mit ihrem Gegenstand zusammen, also der Wissenschaft, die sich vor allem durch ihre Komplexität auszeichnet.

Bei allen Unterschieden haben Wissenschaft und Journalismus einiges gemeinsam. Die wichtigste Gemeinsamkeit ist wohl das Ziel: Beide streben letzten Endes nach der Wahrheit. Allerdings gehen sie mit ganz unterschiedlichen Methoden und Instrumenten dabei vor.

Die Unterschiede sind vor allem institutioneller Natur, aber auch was die Wahrnehmung von Zeit angeht. Ein Wissenschaftler braucht manchmal Jahre oder gar Jahrzehnte, um einen bestimmten Gedanken oder eine These zu formulieren, der Journalist hingegen muss seinen Text, nunja, am besten vorgestern abgegeben haben.

Auch die Fragen, die sich ein Journalist stellt, können ganz andere sein als die, die sich ein Wissenschaftler stellt. Es gibt eine ganz andere Vorstellung von der Relevanz einer Information als in der Wissenschaft – wissenschaftliche Relevanz verhält sich selten proportional zur gesellschaftlichen Relevanz.

Journalismus und Wissenschaft verbindet eine besondere Beziehung zueinander. Oder besser gesagt: eine besondere Beziehung zu dem Wert »Wissen«. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wählen weder Journalisten noch Forscher ihren Beruf, weil sie auf schnelles Geld oder sozialen Status aus sind. Beide gehen ihrer Tätigkeit nach, weil sie wissen wollen, wie die Welt funktioniert, weil sie sie gerne beobachten, ihre Schwierigkeiten sehen und bereit sind, kritische Fragen zu stellen. Aber vor allem sind sie bereit, um Antworten zu ringen, die oft unbequem sind. Und das hat, glaube ich, mit eben diesem besonderen Verhältnis zum Wissen zu tun, der Wissenschaft und Journalismus gemeinsam ist.

Wissen ist ein ganz besonderer Wert. Nehmen wir zum Beispiel den Wert »Toleranz«: Man kann sich leicht jemanden vorstellen, der den Wert der Toleranz bestreitet, oder der Solidarität, der Demokratie etc. Aber dass jemand sagt, Nichtwissen sei besser als Wissen, also den Wert des Wissens bestreitet, ist hingegen vermutlich nur in einem satirischen Kontext vorstellbar.

Andererseits wollen die Menschen einfache Antworten auf komplexe Fragen, und dieser Widerspruch scheint mir das eigentliche Problem. Ich habe mich schon oft gefragt, was Forscher und Journalisten antreibt, und jedes Mal komme ich an den Punkt, dass es die Freude an der Komplexität der Welt ist, daran, dass sie diese Komplexität wahrnehmen können. Einerseits wahrnehmen, und sie andererseits mit anderen teilen. Aber sich mitzuteilen und andere davon zu überzeugen, was wirklich wichtig ist, sind zwei unterschiedliche Paar Schuhe. Wissen wird oft als ein Gegenstand wahrgenommen, sagen wir, ein Aktenkoffer, den ein Mensch dem anderen einfach geben kann, nach dem Motto: »Ich weiß, dass du dieses Wissen nicht hast, also gebe ich es dir, und dann hast du es auch.« Aber so einfach ist das in der Regel nicht. Manchmal bleibt der Koffer, um bei dieser Metapher zu bleiben, ungeöffnet in der Ecke stehen.

Was muss geschehen, damit der Koffer geöffnet wird? Da gibt es zwei Antworten. Die erste betrifft die Relevanz, die von außen vorgegeben ist. Nehmen wir zum Beispiel die Pandemie: Wir alle befinden uns in einer Extremsituation und sind auf Informationen angewiesen, denen wir vertrauen können. In der Regel kommen diese Informationen aus der Wissenschaft, und wir verarbeiten sie auf die eine oder andere Weise weiter. Hier werden Wissenschaftsjournalisten gebraucht, die die Komplexitätsschwelle herabsetzen und dem Leser die Ergebnisse der Forschung näherbringen.

Aber bei vielen Themen ist die Relevanz nicht einfach gegeben, man muss sie mit anderen Mitteln generieren. Die Wissenschaft verfügt über solche Mittel so gut wie gar nicht, weil sie sich fast ausschließlich an ein internes Publikum richtet. Das ist eine Besonderheit dieses Systems – es ist gewissermaßen in sich geschlossen, wobei wir durchaus beobachten können, dass sich die Wissenschaft allmählich öffnet. Das ist ein langwieriger Prozess, der noch viel Zeit brauchen wird.

Bei diesem Prozess spielt der Wissenschaftsjournalismus meines Erachtens eine Schlüsselrolle. Nicht, weil die Wissenschaft daran interessiert wäre, sich als System nach außen hin zu öffnen, sondern weil man Instrumente und Mechanismen braucht, mit denen man Forschungsergebnisse in den gesellschaftlichen oder den Mediendiskurs konvertiert.

Mediamasterskaja: Wie muss die Sprache eines Beitrags beschaffen sein, der auf Forschungsergebnissen basiert?

Leonid: Einerseits muss der Wissenschaftsjournalist die komplexe Information in eine zugängliche Sprache bringen. Besonders wichtig ist das bei solchen Themen wie Covid-19, wo regelmäßig neue Studien herauskommen, die sich unmittelbar auf unser Leben auswirken. Dort ist das primäre Ziel tatsächlich, die Distanz zwischen der wissenschaftlichen Studie und dem Leser zu verkürzen. Hier muss genau nachvollziehbar sein, worum es geht, was das für eine Studie ist, woher die Daten kommen und vor allem, wie sie sich auf unser Leben im Alltag und darüber hinaus auswirken. Diese Distanz zu überbrücken ist die Hauptaufgabe, die gelöst werden muss.

Aber es reicht nicht immer aus, eine komplexe Sprache in eine einfache zu übersetzen. Im Fall von Covid-19 liegt die Relevanz der Forschung auf der Hand, sie ist offenkundig gegeben, aber in vielen anderen Bereichen ist die Relevanz nicht so offenkundig. Dann ist es die Aufgabe des Journalisten, die Relevanz aufzudecken – und manchmal sogar zu erzeugen.

Ich glaube, Journalisten und Redaktionen werden in Zukunft verstärkt nach Formaten suchen müssen, mit deren Hilfe man mit dem Leser wissenschaftliche Themen näherbringen kann. Diese Formate haben nicht immer mit Vereinfachung zu tun.

Aus unserer Dekodierungs-Praxis kann ich sagen: Wir haben sehr viel darüber nachgedacht, wie wir die Relevanz von wissenschaftlichen Studien deutlich machen, bei denen sie nicht auf der Hand liegt. Meine Auffassung ist, dass die Wissensvermittlung mit einer positiven Erfahrung einhergehen muss, das Wissen muss buchstäblich ästhetischen

Genuss bringen. Und genau daran arbeiten wir bei dekoder.org: Wir entwickeln Formate, die eine positive Erfahrung mit dem Erkenntnisgewinn verknüpfen. Wir experimentieren mit unterschiedlichen Formaten: grafisch, visuell. Manchmal sind das Zeichnungen, die eine Geschichte erzählen, oder Biografien, wie im Falle des Dissidenten-Specials. Manchmal ist das eine stufenartige Struktur, bei der der Leser erst mit ganz einfachen Dingen in Berührung kommt, die sein Interesse wecken, und sich dann diese Treppe bis nach oben vorarbeiten kann, bis er schließlich bei wissenschaftlicher Literatur ankommt.

Mediamasterskaja: Wie sind die Arbeitsabläufe bei dekoder.org?

Leonid: Bei unseren Planungssitzungen legen wir fest, welche Themen uns interessieren und wir für relevant halten, dann begeben wir uns auf die Suche nach Autoren und beauftragen einen Text. Der Redakteur bereitet sich gleichzeitig darauf vor, den Text zu redigieren. Er führt eine eigene, unabhängige Recherche durch und stellt, wenn er den fertigen Text bekommt, genau jene unbequemen Fragen, von denen ich sprach.

Der Text entsteht also in Zusammenarbeit zwischen Autor und Redakteur. Er wird oft mehrmals hin und her geschickt: Redakteur und Autor suchen gemeinsam nach dem richtigen Ton, korrigieren, arbeiten am Textaufbau, um das Interesse des Lesers einzufangen, ihm die Relevanz, die Bedeutung und die Wichtigkeit des Themas aufzuzeigen.

Ein anderes wichtiges Element ist, dass ein wissenschaftsjournalistischer Text im Idealfall in sich geschlossen sein muss. Nicht in dem Sinne, dass er nicht mitten im Satz aufhört, sondern dass die Information, die der Leser braucht, um diesen konkreten Text zu verstehen, darin enthalten sein muss. Wenn es um wissenschaftliche Studien geht, ist das natürlich nicht immer eins zu eins möglich, aber das ist nichtsdestoweniger das, was man anstreben muss.

Außerdem muss man immer im Blick behalten, dass Wissenschaft an sich komplex ist. Sie bedient sich eines komplexen Instrumentariums, einer komplexen Sprache, behandelt komplexe Themen, von denen der konkrete Leser die in der Regel sehr weit entfernt ist. Deshalb spielt bei einem wissenschaftsjournalistischen Text auch das Narrativ, die Erzählung, eine nicht minder wichtige Rolle als die Sprache.

Ich denke oft an ein Beispiel aus dem Buch eines Schweizer Journalisten, der, um ein großes Schiffsbauteil zu beschreiben, anstatt der Größenangabe einen Vergleich angeführt hat: »Das Bauteil hatte die Größe einer kleinen Bankfiliale.« Eine Meterangabe hätte wohl nicht dieselbe Wirkung auf den Leser wie diese anschauliche Beschreibung, die jedem Leser einleuchtet. Es ist wichtig, in komplexen Texten zu komplexen Themen solche vertrauten »Inseln« zu verteilen, die den Leser bis zum Ende durch den Text begleiten.

Mediamasterskaja: Warum sind Wissenschaftler und Journalisten nicht unbedingt Freunde?

Leonid: Auf beiden Seiten bestehen gewisse Ressentiments. Journalisten sind oft der Meinung, dass sich Wissenschaftler häufig mit Themen beschäftigen, die niemanden interessieren oder sie absichtlich in einer Sprache schreiben, die niemand versteht. Wissenschaftler andererseits empfinden den Kontakt zu Journalisten als unbefriedigend, weil sie glauben, dass man sie zu sehr vereinfacht, wichtige Informationen wegekürzt etc.

Wissenschaftler sind selten »bequeme« Autoren. Es ist schwer, mit ihnen zu arbeiten, ihre Texte sind schwer zu redigieren. Aus ebendiesem Grund muss der Wissenschaftsjournalist in beiden Welten zu Hause sein, er muss eine Vorstellung davon haben, wie der Journalismus auf der einen und die Wissenschaft auf der anderen Seite funktioniert. Außerdem muss er immer bedenken, dass im Fokus der journalistischen Arbeit nicht der Wissenschaftler steht, sondern der Leser, dem er diese komplexe Welt näherbringen will, indem er sein Interesse, seine Neugier und seine Begeisterung weckt.

Mediamasterskaja: Wie wird man Wissenschaftsjournalist?

Leonid: Es gibt nicht den einen richtigen Weg in den Wissenschaftsjournalismus: Ob man sich als »normaler« Journalist auf den Wissenschaftsjournalismus spezialisiert, oder ob man aus der Wissenschaft zum Journalismus kommt – beide Wege sind gleichermaßen möglich. Ich denke, eine größere Rolle spielen die persönlichen Präferenzen und Fähigkeiten, es ist ein individueller Weg, den man nicht unbedingt institutionell erfassen kann. Ich für meinen Teil komme aus der Forschung und muss gestehen, dass ich nie den Plan hatte, Journalist zu werden, das hat sich zufällig so ergeben.

Ich bin überzeugt, dass ein seriöses Medium sich nicht erlauben kann, keine Wissenschaftsjournalisten in seinem Stab zu haben, weil sonst die Tiefe der Berichterstattung verloren geht. Das ist genau wie in jedem anderen journalistischen Bereich: Praktisch in jeder großen Redaktion muss es Leute geben, die ihre Informationsquellen aus der Politik, aus der Wirtschaft und anderen Bereichen haben. Dasselbe gilt auch für Wissenschaftsjournalisten. Ein guter

Wissenschaftsjournalist hat selbstverständlich seine Leute, die er zu Rate ziehen kann und die ihn an Kollegen verweisen. Solche Quellen sparen sehr viel Zeit bei der Vorbereitung eines Texts. Der Weg von der Erkenntnis eines Problems bis zur Realisierung der Idee im Text wird so deutlich kürzer. Gleichzeitig gibt es der Beleuchtung des Themas eine Tiefe, die für jedes ernstzunehmende Medium unabdingbar ist.

Konkret: Die Besonderheiten des Medizinjournalismus

Darja Sarkissjan: Mein Name ist Dascha Sarkissjan. Ich arbeite als Medizinredakteurin bei Meduza und bin seit über zehn Jahren im Bereich des Medizinjournalismus tätig. In den Beruf bin ich ohne medizinische Ausbildung gekommen, ich habe an der MGU Journalismus studiert. Irgendwann gegen Ende des Studiums habe ich gemerkt, dass ich mich für Medizin begeistere. Mir gefällt es, dass es dort Fakten gibt, auf die man sich stützen kann. Mir gefällt die soziale Komponente, dass es Probleme gibt, über die man unbedingt sprechen möchte. Ich glaube, mit Hilfe des Medizinjournalismus lassen sich Konflikte aus dem Weg räumen, denn ist es ja oft so, dass sich Ärzte und Patienten wegen Dingen streiten, die es gar nicht wert sind. Und die Rolle des Journalisten besteht genau darin, diese Missverständnisse aus dem Weg zu räumen.

Der Medizinjournalismus überschneidet sich in großen Teilen mit dem Wissenschaftsjournalismus – es gibt ja auch den Begriff der »medizinischen Wissenschaft« –, und ein großer Teil dieser ganzen Corona-Geschichte gehört genau in die medizinische Wissenschaft. Aber der Medizinjournalismus umfasst natürlich noch viel mehr.

Das können auch gesellschaftliche Probleme sein, denn sobald du anfängst, über ernsthafte Erkrankungen zu schreiben, hast du schnell mit wohltätigen Stiftungen und anderen nichtkommerziellen Organisationen zu tun. Alle Themen des Gesundheitswesens, die nicht von Wissenschaftsjournalisten abgedeckt werden, fallen in den Bereich des Medizinjournalismus, das können zum Beispiel auch veterinärmedizinische Themen sein.

Ich arbeite sehr gerne bei Meduza. Unter anderem auch deshalb, weil bei uns unterschiedliche Fachleute in den jeweiligen Bereichen arbeiten, also eng spezialisierte Redakteure. Es gibt einen Austausch mit Kollegen, die einen ganz anderen Hintergrund haben. Wir haben zum Beispiel einen Wissenschaftsredakteur und einen Redakteur für das Kulturreport, nur einen Sportredakteur haben wir nicht. Aber unsere Redaktion ist auch eher klein. Ich finde es gut, dass wir nicht ein Wissenschaftsmedium im engeren Sinne sind, sondern ein populärwissenschaftliches. Es gibt immer jemanden in der Redaktion, der keine Ahnung hat, was ADHS ist oder was ein Antigen von einem Antikörper unterscheidet. Und genau das sind unsere Leser.

Mediamasterskaja: Warum braucht ein Wissenschaftsjournalist immer neue Erkenntnisse?

Darja: Man kann sich vergraben, sich in irgendwelchen Begriffen verlieren und einen völlig unverständlichen Text schreiben, weil niemand in der Nähe war, kein Redakteur, der ihn gelesen und gesagt hätte: »Das ist totaler Murks, man versteht kein Wort, schreib das bitte nochmal auf Russisch.« Und dann hinzugefügt hätte: »Wie würdest du mir das erklären, wenn ich überhaupt nicht im Thema bin?«

Das ist manchmal unglaublich wichtig. Besonders, wenn du einen wissenschaftlichen Text liest, irgendwas ganz Trockenes, die Empfehlungen einer Ärztereinigung zum Beispiel. Und das alles ist in einer sperrigen Sprache geschrieben, mit Unmengen von wissenschaftlichen Begriffen. Damit man den Schalter umlegen kann und anfängt, in einer maximal zugänglichen Sprache zu schreiben, »auf Russisch«, muss man sich sehr anstrengen. Ich persönlich scheitere manchmal daran.

Wenn Sie eine kleine Redaktion haben, aber manchmal Texte zu medizinischen oder wissenschaftlichen Themen schreiben müssen, wäre es sehr gut, dafür einen bestimmten Mitarbeiter zu wählen, der für diesen Bereich zuständig ist. Denn im Medizin- und Wissenschaftsjournalismus ist Erfahrung das A und O. Selbst heute, nach zehn Berufsjahren, passiert es mir immer noch, dass ich etwas falsch mache, weil ich einfach nicht weiß, dass da etwas nicht stimmt, dass etwas ein weit verbreiteter Irrtum ist, dem sogar Ärzte erliegen. Und ich gar nicht auf die Idee gekommen bin, die Sache zu überprüfen, weil sie so einleuchtend schien.

Zum Beispiel das Wort »Narkose«. Ein relativ harmloses Wort. Man hört sogar von Ärzten oft den Begriff »Vollnarkose« – aber das ist im Grunde falsch, denn das Wort Narkose bedeutet schon so viel wie Allgemeinanästhesie. Oder andersherum: Es ist völlig verkehrt von »örtlicher Narkose« zu sprechen. Das ist nicht nur ein Pleonasmus, sondern inkorrekt, weil eine Narkose nicht lokal sein kann, lokal sein kann nur eine Anästhesie. Komm da mal auf die Idee, dass man das überprüfen sollte!

Eigentlich reicht es auch nicht, sich mit diesem Thema zu beschäftigen – man muss es lieben, sich regelmäßig darin vertiefen, in seiner Freizeit darüber lesen, Filme sehen, mit Menschen sprechen, die sich damit auskennen, Podcasts

und Vorträge hören. Das ist ein unaufhörliches Selbststudium, selbst für die Leute, die mit einer medizinischen Ausbildung zum Journalismus kommen, denn Wissen hat die Eigenschaft, schnell zu veralten. Außerdem sind da natürlich noch die verschiedenen Gebiete: Wenn jemand sein Studium abgeschlossen und seinen Facharzt in Gynäkologie gemacht hat, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass sein Wissen in der Unfallkunde nicht auf dem allerneuesten Stand ist. Deshalb muss man sich ständig fortbilden, lesen, versuchen, so viel Informationen wie möglich aufzunehmen, die dir irgendwann nützlich sein könnte.

Mediamasterskaja: Was sind weit verbreitete Fehler im Medizinjournalismus?

Darja: Journalisten, die nur selten über Medizin oder Wissenschaft schreiben, machen ziemlich oft dieselben Fehler. Mir tut es zum Beispiel weh, wenn man Forschungen an Zellkulturen oder Versuche an Mäusen auf Menschen zu übertragen versucht, manchmal schon in der Schlagzeile (»Forscher haben ein Mittel gegen Alzheimer entdeckt«). Man macht den Text auf, und es ist nicht annähernd die Rede von klinischen Untersuchungen, nur von Wissenschaftlern, die irgendein Molekül entdeckt haben, das theoretisch funktionieren könnte. Oder bei Mäusen funktioniert. Aber leider wirkt das, was bei Mäusen wirkt, nicht immer beim Menschen. Selbst wenn, würde es noch ungefähr zehn bis 15 Jahre dauern, bis ein entsprechendes Medikament auf den Markt käme. Es ist nicht besonders fair, den Menschen Hoffnung zu machen und ihnen zu suggerieren, dass sie schon bald ihren an Alzheimer erkrankten Angehörigen helfen können.

Generell hat ein Journalist die Pflicht, Fakten zu prüfen. Das ist manchmal nicht einfach. Die Redaktionen stehen natürlich ständig unter Zeitdruck, es fehlen Leute. Aber leider kann man dann nunmal keinen qualitativ hochwertigen Content produzieren. Wir dürfen nicht vergessen, dass jeder sich irren kann, man muss eben immer alles prüfen.

Man kann versuchen, seinen Ansprechpartner selbst zu bitten, Verweise zu den entsprechenden Quellen zu schicken, aber auch Ärzte haben wenig Zeit und nicht alle sind dazu bereit. Übrigens, wenn ein Arzt sich aufregt, dass Sie seine Aussagen überprüfen wollen, ist das kein besonders gutes Zeichen. Das bedeutet, dass er nicht damit gerechnet hat, dass man ihn hinterfragt.

Ein anderes Problem entsteht, wenn Journalisten – vor allem, wenn sie über gesellschaftlich relevante Themen schreiben – mit Problemen konkreter Menschen konfrontiert werden (zum Beispiel mit der Versorgung einer bestimmten Gruppe mit Medikamenten) und emotional aufgeladene Geschichten hören, sich zu sehr damit identifizieren und beginnen, die Fakten an ihre Theorie anzupassen. Das ist dann schon mehr Aktivismus als Journalismus. Das ist natürlich nicht optimal.

Mediamasterskaja: Wie wählt man seine Primärquellen?

Darja: Medizinjournalismus ist genau wie Wissenschaftsjournalismus teuer. In einem Absatz können Stunden, in einem Artikel mehr als ein Monat Arbeit stecken. Und dann ist es nicht einmal ein super populäres Material, das der Redaktion Ruhm bringen würde. Es kostet einfach viel Zeit, Informationen zu beschaffen und zu überprüfen. Das geht nicht auf die Schnelle.

Man muss sich mit wissenschaftlichen, medizinischen Quellen vertraut machen. Es gibt kein universelles Rezept, keinen universellen Ratschlag, welchen Quellen man immer vertrauen kann. Aber es gibt einige Kriterien: Zum Beispiel darf die Seite, von der Sie Ihre Information beziehen wollen, nichts verkaufen. Wenn eine Internetseite Ihnen etwas über Gesundheit erzählt und gleichzeitig Nahrungsergänzungsmittel verkauft, sollte sie nicht als vertrauenswürdige Informationsquelle dienen.

Mediamasterskaja: Wie wird man Medizinjournalist?

Darja: Ich bin oft mit Snobbismus konfrontiert, weil ich über Medizin schreibe, ohne eine medizinische Ausbildung zu haben. Zunächst einmal möchte ich sagen, dass ich immer sehr gewissenhaft an die Arbeit mit Informationsquellen gehe. Wann immer es möglich ist und die Zeit es zulässt, bitte ich einen Arzt, der Spezialist auf diesem Gebiet ist, sich den Text anzuschauen. Wenn das ein Text über Nesselfieber ist, dann frage ich einen Allergologen, der Nesselfieber »super« findet. Wenn das ein Text über Inkontinenz ist, dann frage ich einen Gynäkologen, der zu Inkontinenz promoviert hat, und nicht einfach irgendeinen Arzt, wie das in vielen Medien gehandhabt wird. Wenn dir ein Unfallchirurg erklärt, wie man Corona behandelt, ist das eher suboptimal.

Es kann sein, dass ein Mediziner es anfangs leichter hat, sich im medizinischen Journalismus zurechtzufinden, weil er keine Berührungsgängste mit dem Wort »Neurotransmitter« hat. Aber dieser Unterschied bügelt sich mit der Zeit

aus. Ich glaube, man sollte sich nicht für seinen Hintergrund schämen. Journalisten können genauso gut zum Medizinjournalismus kommen wie Ärzte. Das Entscheidende ist hier nicht unbedingt, was man studiert hat, sondern wie sehr man dafür brennt, ob man wirklich bereit ist, jede Information zu überprüfen, wie akribisch man generell ist. Und natürlich muss man die Grundlagen des Journalismus beherrschen. Aber das ist ein anderes Thema.

Übersetzung: Jennie Seitz

Stand 03.06.2022

Über die Autor:innen

Leonid A. Klimov studierte Kultur- und Literaturwissenschaften in St. Petersburg, promovierte zum Kandidat Nauk und schloss danach ein zusätzliches Masterstudium des Kultur- und Medienmanagements in Hamburg an. Er ist Wissenschaftsredakteur von dekoder und koordiniert die Arbeit der akademischen Experten in den Bereichen Geschichte und Kultur.

Darja Sarkissjan studierte Journalismus an der Staatlichen Universität Moskau. Sie ist Medizinredakteurin bei Meduza und ist seit über zehn Jahren im Bereich des Medizinjournalismus tätig.

Die Originalfassung des vorliegenden Beitrags von dekoder ist online verfügbar unter <https://www.dekoder.org/de/article/mediamasterskaja-3-wissenschaftsjournalismus-seine-bedeutung-und-seine-herausforderungen>

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, dekoder.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekoder für die Erlaubnis zum Nachdruck.

dekóder [RUSSLAND ENTSCHLÜSSELN]

Prigoshins Aufstand gegen den Kreml: Was war das?

Tatjana Stanowaja (R.Politik)

Einleitung von dekoder

Am 24. Juni hat der Kreml die wohl schwersten 24 Stunden seiner jüngsten Geschichte erlebt. Plötzlich schien ein großes Blutbad vor Moskau oder gar ein Bürgerkrieg im Land möglich. Wagner-Chef Jewgeni Prigoshin hatte am frühen Morgen des 24. Juni das Militärhauptquartier in Rostow am Don unter Kontrolle gebracht, seine Militärkolonne konnte im Laufe des Tages nahezu ungehindert mehrere hundert Kilometer Richtung Hauptstadt vorrücken. Putin sprach von Verrat und kündigte »unausweichliche Strafen« für die Organisatoren und Beteiligten des bewaffneten Aufstandes an.

Dem vorausgegangen war ein Konflikt zwischen der Wagner-Truppe und dem russischen Verteidigungsministerium, der sich seit Monaten zuspitzte. Während der Kämpfe um die ostukrainische Stadt Bachmut beschuldigte Prigoshin mehrfach öffentlichkeitswirksam Verteidigungsminister Schoigu und Generalstabschef Gerassimow und beklagte, dass sie den Wagner-Truppen absichtlich Munition vorenthalten würden. Am 10. Juni ordnete Schoigu an, dass alle »Freiwilligenverbände« bis zum 1. Juli Verträge mit dem Verteidigungsministerium abschließen müssen, was Prigoshin – wohl um seine Söldner-Firma fürchtend – entschieden ablehnte. Am Abend des 23. Juni behauptete Prigoshin schließlich, die russische Armee habe Wagner-Camps im Hinterland beschossen. Dabei seien zahlreiche Kämpfer ums Leben gekommen. Für diese (unbestätigten) Vorfälle kündigt Prigoshin eine Antwort an.

Der von ihm als »Marsch der Gerechtigkeit« bezeichnete Marsch auf Moskau endet keine 24 Stunden später damit, dass Prigoshin seine Militärkolonne zurückzieht und in Rostow unter dem Jubel der Schaulustigen in einen SUV steigt, der ihn nach Belarus bringen soll. Er hat offiziell unter Vermittlung von Alexander Lukaschenko eine Einigung mit dem Kreml erzielen können, die ihm Straffreiheit und eine Ausreise gewährt.

Nach diesen turbulenten Ereignissen fragen viele: Was war das eigentlich? Ein versuchter Putsch? Alles eine große Inszenierung (mit mehreren abgeschossenen Helikoptern, Toten und einem massiven Imageschaden für Putins Machtvertikale)? Tatjana Stanowaja sieht darin eher einen Akt der Verzweigung Prigoshins, dessen Flucht nach vorne womöglich eine Spur zu groß geraten ist.

Wir Beobachter haben zunächst wichtige Details verpasst – aufgrund einer mageren Informationslage und Zeitmangels für eine tiefgehende Analyse. Hier nun die Sichtweise, die derzeit am plausibelsten erscheint.

Prigoshins Aufstand war kein Greifen nach Macht und kein Versuch, den Kreml zu übernehmen. Es war ein Akt der Verzweigung – Prigoshin wurde aus der Ukraine gedrängt und war somit unfähig, Wagner so aufrechtzuerhalten wie vorher, während der Staatsapparat sich gleichzeitig gegen ihn stellte. Um dem Ganzen die Krone aufzusetzen, ignorierte Putin ihn und unterstützte öffentlich seine gefährlichsten Widersacher.

Prigoshins Ziel war es, Putins Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen und eine Diskussion über die Bedingungen zu erzwingen, wie seine Aktivitäten aufrechterhalten werden könnten: eine klar definierte Rolle, Sicherheitsgarantien und Finanzierung. Das waren keine Forderungen, die auf einen Staatsstreich abzielten, es war Prigoshins verzweifelte Offerte, um sein Unternehmen zu retten, in der Hoffnung, dass seine Verdienste bei der Eroberung Bachmuts (dafür brauchte er sie!) berücksichtigt würden und seine Anliegen bei Putin ernsthafte Aufmerksamkeit erregen würden. Jetzt sieht es so aus, dass diese Verdienste Prigoshin halfen, mit dem Leben davonzukommen, aber ohne eine politische Zukunft in Russland (zumindest solange Putin an der Macht ist).

Prigoshin wurde von Putins Reaktion überrascht und war nicht vorbereitet auf seine plötzliche Rolle als Revolutionär. Er hatte auch nicht damit gerechnet, dass Wagner Moskau erreichen würde; dort hätte seine einzige Option darin bestanden, den Kreml zu stürmen – eine Aktion, die zweifelsohne ihn und seine Kämpfer ausgelöscht hätte.

Die Teile der [politischen] Elite, die dazu fähig waren, wandten sich an Prigoshin, doch zu kapitulieren. Das verstärkte wohl bei ihm das Gefühl des drohenden Untergangs. Ich denke jedoch nicht, dass es Verhandlungen auf oberster Ebene gab. Lukaschenko unterbreitete Prigoshin ein von Putin gebilligtes Rückzugsangebot unter der Bedingung, dass Prigoshin Russland verlässt und Wagner aufgelöst wird.

Meines Erachtens war Prigoshin nicht in der Position, um Forderungen zu stellen (wie den Rücktritt von Shoigu oder Gerassimow – den viele Beobachter heute erwarten. Wenn das geschieht, ist der Grund dafür ein anderer.) Nach Putins Ansprache am Morgen des 24. Juni war Prigoshins vorrangiges Ziel, eine Möglichkeit zum Ausstieg zu finden.

Die Situation hätte unausweichlich in den folgenden Stunden zu Toten geführt. Möglich ist, dass Putin Prigoshin Sicherheit versprach, unter der Bedingung, dass er ruhig in Belarus verweilt.

Ich bleibe bei meiner Aussage, dass Putin und dem Staat ein schwerer Schlag versetzt wurde (der erhebliche Auswirkungen auf das Regime haben wird). Doch ich möchte betonen, dass das Image für Putin immer zweitrangig war. Abgesehen von Äußerlichkeiten hat Putin das Wagner- und Prigoshin-Problem tatsächlich gelöst, indem er Ersteres aufgelöst und Letzteren verjagt hat. Die Situation wäre viel schlimmer gewesen, wenn sie in einem Blutbad an Moskaus Stadtrand geendet hätte.

Und: Nein, Putin braucht weder Wagner noch Prigoshin. Er kann es mit eigenen Kräften schaffen. Davon ist er nun mit Sicherheit überzeugt.

Stand: 25.06.2023

Über die Autorin

Tatjana Stanowaja ist Politikwissenschaftlerin, Senior Fellow beim Carnegie Russia Eurasia Center und hat 2018 das Analysezentrum R.Politik (<https://rpolitik.com/>) gegründet.

Die Originalfassung des vorliegenden Beitrags von dekoder ist online verfügbar unter <https://www.dekoder.org/de/article/prigoshin-aufstand-wagner-kreml>.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, dekoder.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekoder für die Erlaubnis zum Nachdruck.

dekóder [RUSSLAND ENTSCHLÜSSELN]

Prigoshins Aufstand: eine Chronologie der Ereignisse

Einleitung von dekoder

Mehrere Tausende Söldner, mit Panzern und Artillerie ausgerüstet, besetzen die Millionenstadt Rostow am Don und marschieren gen Moskau. Die russische Regierung versucht, Straßen zu blockieren, und bereitet sich auf die Verteidigung der Hauptstadt vor. Doch der Aufstand ist nur von kurzer Dauer. Umso weitreichender aber sind die Folgen. dekoder bringt eine Chronologie der Ereignisse und Hintergründe zum Militär-Aufstand der Wagner-Truppen am 23. und 24. Juni.

Seit Anfang Februar 2023 schwelt ein Konflikt zwischen dem Wagner-Boss Prigoshin und dem russischen Verteidigungsministerium: Es geht, zumindest oberflächlich betrachtet, um ausbleibende Waffen- und Munitionslieferungen für die Wagner-Söldner, die für zahlreiche Kriegsverbrechen verantwortlich gemacht werden, die in Bachmut kämpfen und offensichtlich große Verluste erleiden. Immer öfter und immer lauter meldet sich Prigoshin zu Wort, Verteidigungsminister Sergej Schoigu und den Chef des Generalstabs Gerassimow greift er persönlich aufs Schärfste an.

Ende Mai ziehen sich die Wagner-Leute sogar aus Bachmut zurück. Die russische Führung versucht, Wagner und andere Privatarmeen an die Kette zu legen und dazu zu drängen, Verträge mit dem Verteidigungsministerium abzuschließen. Prigoshin weigert sich. Am 23. Juni nennt er den russischen Krieg gegen die Ukraine »ungerechtfertigt«. Der Konflikt eskaliert.

Raketenangriff auf Wagner-Camp?

Am 23. Juni um 21:09 Uhr veröffentlicht Prigoshin in seinem offiziellen Telegram-Kanal eine Audio-Botschaft, in der er das russische Verteidigungsministerium beschuldigt, Truppenlager von TschWK Wagner mit Raketen anzugreifen. In seinem aggressiven Duktus sagt er:

»Eine große Menge unserer Kämpfer, unserer Kampfgenossen wurde getötet. Wir werden eine Entscheidung treffen, wie wir auf diese Übeltat antworten werden. Den nächsten Schritt machen wir.«

Pressestelle von Jewgeni Prigoshin, 23. Juni 2023, 21:09

Es gibt sonst kaum Beweise für diesen Angriff, abgesehen von einer Reihe von kurzen Videos, die in Telegram-Kanälen von Prigoshin selbst veröffentlicht wurden. Journalisten von Meduza weisen darauf hin, dass es sich wahrscheinlich um eine Inszenierung handelt.

Prigoshins Marsch der Gerechtigkeit

Dieser ersten Audio-Botschaft folgen in kurzen Abständen weitere Audio-Botschaften, in denen Prigoshin schließlich einen »Marsch der Gerechtigkeit« ankündigt:

»Wir sind 25.000 Mann, und wir werden herausfinden, warum in diesem Land Willkür herrscht. 25.000 warten als taktische Reserve, und die strategische Reserve – das ist die gesamte Armee und das ganze Land ... Alle, die wollen – schließt euch an! Wir müssen diesem Spuk ein Ende setzen [...] Alle, die Widerstand leisten ... Wir werden davon ausgehen, dass das eine Bedrohung ist und werden sie sofort zunichte machen. Inklusive aller Checkpoints auf unserem Weg ... Ich bitte alle, Ruhe zu bewahren, sich nicht provozieren zu lassen, in den Häusern zu bleiben. Nach Möglichkeit verlassen sie entlang unserer Route nicht ihre Häuser.«

Pressestelle von Jewgeni Prigoshin, 23. Juni um 21:25 Uhr

Wagner-Truppen besetzen Rostow am Don

In der Nacht vom 23. auf den 24. Juni ziehen die Wagner-Söldner mit schwerer Militärtechnik in die Stadt Rostow am Don ein und besetzen administrative Gebäude, Militärobjekte und nach eigenen Angaben den Flughafen. Außerdem besetzen sie das Hauptquartier des Südlichen Militärbezirks. In einem Video, das auf dem Territorium des Hauptquartiers gedreht wird, sagt Prigoshin im Gespräch mit dem stellvertretendem Verteidigungsminister Junus-Bek Jewkurow und dem stellvertretenden Leiter des Generalstabs Wladimir Alexejew:

»Wir sind hierher gekommen und möchten den Chef des Generalstabs (Waleri Gerassimow) und (Verteidigungsminister) Schoigu ausgehändigt bekommen. Solange wir die nicht haben, werden wir hierbleiben, die Stadt Rostow besetzen und weiter nach Moskau ziehen.«

Jewgeni Prigoshin in einer Videobotschaft am Morgen des 24. Juni

Im Laufe des Tages berichten Medien und Blogger über die Bewegung der Wagner-Truppen Richtung Moskau. Von der Oblast Rostow rücken sie in die Oblast Woronesh und Lipezk ein und ziehen weiter nach Norden.

»Die Söldner waren in zwei Gruppen aufgeteilt, die an zwei Stellen die Grenze auf russisches Staatsgebiet und in annektierte Regionen überquerten. Die erste Gruppe zog gegen Mitternacht über den Grenzübergang Nowoschachtinsk in die Oblast Rostow ein, erreichte die Autobahn M 4 und kam auf diesem Weg gegen Morgen nach Rostow [...]. Die zweite Gruppe übertrat die Grenze ungefähr 120 km nördlich der ersten am Grenzübergang Woloschino. Von dort aus zogen die Söldner bis in die Stadt Millerowo und bogen auf die M 4, um sich von dort aus Richtung Moskau zu bewegen.«

Verstka

Es wird über einzelne Zusammenstöße mit der russischen Armee berichtet, sowie über Explosionen und Feuer, z. B. in der Stadt Woronesh:

»Augenzeugen berichten von einem Hubschrauberangriff am südlichen Stadtrand in der Nähe des Einkaufszentrums Dein Zuhause. Auf der gegenüberliegenden Straßenseite befindet sich das größte Öllager der Region. Dort bemerken Einwohner am Morgen Kämpfer der Wagner-Gruppe, die an einer Kreuzung zwischen der Don-Autobahn und der Straße, die direkt in das Wohngebiet Lewobereshny führt, Stellung beziehen.«

Verstka

Es wird auch berichtet, dass Wagner-Truppen einen Kampfjet und mehrere Kampfhubschrauber abschießen, die die Militärkolonnen angeblich aus der Luft beschossen haben.

Abgesehen von diesen Fällen und einigen lokalen Kämpfen stoßen die Wagner-Truppen auf keinen nennenswerten Widerstand. Meduza fasst den Vormarsch wie folgt zusammen:

»Im Endeffekt sind die Einheiten [...] unterwegs auf keinen nennenswerten Widerstand gestoßen. Russische Truppen tauchten auf dem Weg der Kolonnen der TschWK nicht auf: Der Großteil der fest in den Oblast Rostow, Woronesh und Lipezk stationierten [russischen] Truppen befindet sich derzeit in der Ukraine. Alle nicht von Truppen geschützten Barrikaden aus Lastwagen, konnten von den Söldnern leicht überwunden werden.«

Meduza

Panik in der russischen Elite

Die Ereignisse der Nacht auf den 24. Juni und des darauffolgenden Tages sorgen für heftige Reaktionen im Kreml, bei russischen Politikern und beim Militär. Bereits in der Nacht auf den 24. Juni werden Videos von hochrangigen Militärangehörigen veröffentlicht, darunter von General Surowikin und General Alexejew, die von einem Putsch sprechen:

»Was auch immer Ihre Absicht ist – es ist ein Hieb in den Rücken des Landes und des Präsidenten. Nur der Präsident hat das Recht, den höchsten Stab der Streitkräfte einzuberufen. Und Sie versuchen da, seine Macht anzugreifen. Das ist eine Staatsrevolte. Ich bitte Sie, kommen Sie zur Vernunft. Denn ein größerer Schaden für das Image Russlands ist nicht denkbar. Eine derartige Provokation kann nur von Feinden der Russischen Föderation ausgehen.«

General Alexejew in einer Videobotschaft an die Wagner-Söldner

Die Lage wird immer ernster und gegen 10 Uhr wendet sich auch der russische Präsident Putin mit einer Video-Botschaft an die Bevölkerung:

»Russland führt heute den härtesten Kampf für seine Zukunft, es wehrt die Aggression der Neonazis und ihrer Herren ab. Praktisch die gesamte militärische, wirtschaftliche und mediale Maschine im Westen ist gegen uns gerichtet. Wir kämpfen um das Leben und die Sicherheit unserer Leute, für unsere Souveränität und Unabhängigkeit. Für das Recht, Russland sein und bleiben zu können – ein Staat mit einer tausendjährigen Geschichte.

Diese Schlacht, die das Schicksal unseres Volkes entscheidet, verlangt die Bündelung aller Kräfte, Einigkeit, Konsolidierung und Verantwortung. [...] Darum sind Taten, die unsere Einheit spalten, im Grunde eine Abkehr vom eigenen Volk, von den Kampfgenossen, die aktuell an der Front im Einsatz sind. Das ist ein Hieb in den Rücken unseres Landes und Volkes.

[...] womit wir es hier zu tun haben, ist Verrat. Unverhältnismäßige Ambitionen und persönliche Interessen haben zum Betrug geführt. [...] Das ist ein Schlag gegen Russland, gegen unser Volk. Unsere Maßnahmen zum Schutz unseres Vaterlandes vor dieser Bedrohung werden hart sein. Wer sich bewusst auf den Pfad des Verrates begeben hat, wer einen bewaffneten Aufstand vorbereitet hat, wer sich auf den Pfad der Erpressung und der terroristischen Methoden begeben hat, wird unweigerlich bestraft, wird sich vor dem Gesetz und vor unserem Volk zu verantworten haben.«

Wladimir Putin

Das Online-Medium iStories berichtet mit dem Hinweis auf die Daten von FlightRadar, dass Putins Flugzeug um 14.16 Uhr aus Moskau Richtung Sankt Petersburg abhebt:

»Die Präsidentenmaschine IL96-300PU von Wladimir Putin ist in Moskau um 14:16 Uhr Ortszeit Richtung Petersburg gestartet, wie aus den Daten von FlightRadar hervorgeht. Der Zielort ist nicht angegeben. In der Nähe von Twer ist die Maschine aus dem Tracking-System verschwunden. In der Oblast Twer befindet sich eine von Putins Residenzen. Das Flugzeug verfügt über eine Ausrüstung, sodass es Kommandozentrale der Streitkräfte genutzt werden kann.«

iStories

Auch weitere Vertreter der Regierung sowie von Wirtschaft und Oligarchie haben möglicherweise Moskau oder gar Russland verlassen. iStories hat Informationen über Flüge der russischen Elite gesammelt. Der Pressesprecher des Präsidenten behauptete, Putin sei die ganze Zeit in Moskau geblieben.

Der Aufstand in den Staatsmedien

Die russischen Staatsmedien versuchen im Laufe des Tages einen Spagat: Einerseits betonen sie die Ernsthaftigkeit der Lage, andererseits signalisieren sie, dass alles unter Kontrolle sei. So berichtet der Korrespondent von RIA Nowosti am Morgen:

»Die Situation in Rostow am Don ist angespannt, aber insgesamt ruhig.«

RIA Nowosti

Die Züge fahren, so RIA Nowosti, nach Plan, Notdienste, Post, Versorgungsbetriebe funktionieren ordnungsgemäß, an manchen Orten werden Großveranstaltungen abgesagt oder es gibt Empfehlungen, die Häuser nicht ohne dringliche Notwendigkeit zu verlassen. RIA Nowosti veröffentlicht am laufenden Band Statements von Politikern, Militärangehörigen und Geistlichen, die ihre Unterstützung für Putin artikulieren und die Bevölkerung sowie Armeeangehörige auffordern, sich hinter dem Präsidenten zu stellen:

»Wir haben einen Oberbefehlshaber. Nicht zwei, nicht drei. Einen. Und er hat dazu aufgerufen, dass alle eine Einheit bilden. Das ist jetzt das Wichtigste [...] Wenn wir jetzt nicht geschlossen dastehen, wenn jeder sich und seine eigene Einschätzung der Situation in den Vordergrund stellt, wird nichts mehr wichtig sein. Nur

die Einigkeit. Einigkeit unter dem Banner des Oberbefehlshabers. [...] Wir alle werden gerade in Versuchung gebracht, geprüft, wie standhaft wir sind. Gebt nicht nach! Zusammen mit dem Präsidenten! Gott schütze uns!«
Pressesprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa, 24. Juni um 11:11 Uhr

Ein Putschversuch

Analysten von unabhängigen Medien und aus dem liberalen Lager sehen in Prigoshins Aufstand ein Ereignis, das alles im politischen Lebens des Landes verändern wird. Der Politikwissenschaftler Alexander Baunow bewertet den Aufstand auf Carnegie Politika als eine logische Fortsetzung des Angriffskrieges gegen die Ukraine und sagt gravierende Folgen für das Putin-Regime voraus:

»Abgeprallt an der ukrainischen Front ist der Krieg [...] nun übergegangen in die Phase einer inneren bewaffneten Konfrontation, bei der es um ein Neuformieren Russlands geht, unter der Führung von Prigoshin. [...] Egal ob sein Unterfangen Erfolg haben wird oder scheitert – die Nachfrage nach einer Neuformierung Russlands hat extreme Formen angenommen. Egal wie Prigoshins Auftritt ausgeht – nicht nur die gegenwärtige Form des Putin-Regimes kann er beenden, sondern mit ihm auch das gesamte Erbe des postsowjetischen Russlands.«

Alexander Baunow, Carnegie Politika

Regimegegner, oppositionelle Politiker und unabhängige Analysten beurteilen den Aufstand, als er läuft, sehr unterschiedlich. Putin-Gegner Michail Chodorkowski beispielsweise fordert auf Telegram die Menschen in Russland auf, Prigoshin zu unterstützen:

1. Wir sehen nun, dass nur bewaffnete Menschen einer Diktatur trotzen können.
2. Prigoshins Aufstand endet damit, dass entweder er oder Putin persönlich ausgeschaltet werden. Als Reaktion werden danach in jedem Fall die Schrauben angezogen.
3. So gibt es aktuell ein kleines Fenster von Möglichkeiten, solange auf den Straßen Chaos herrscht und die Silowiki die Situation nicht unter Kontrolle haben.
4. Sollten Sie die Kraft dazu haben, zu den bewaffneten Menschen zu werden, die einem Putin oder Prigoshin trotzen, ist es jetzt an der Zeit sich zu bewaffnen.
5. Prigoshin ist nicht unser Freund und auch kein Verbündeter. Er ist ein Bandit und Kriegsverbrecher. Aber sein Aufstand ist eine einzigartige Chance – eine zweite wird so schnell nicht kommen.

Michail Chodorkowski, 24. Juni um 16:34 Uhr

Anti-Terror-Regime

Bereits in der Nacht auf den 24. Juni leitet der FSB ein Ermittlungsverfahren ein – »aufgrund des Tatbestandes des Aufrufs zur bewaffneten Meuterei seitens Prigoshins«. In Moskau und den Gebieten Moskau und Woronesh wird ein »Regime von Antiterrormaßnahmen« eingeführt. Auf der Route nach Moskau schaufeln die Bagger Gräben in die Straßen, um den Vormarsch der Wagner-Truppen zu verlangsamen:

»So sieht die Zerstörung der Straßendecke in der Oblast Lipezk aus.«

Telegram-Kanal Ostoroshno, nowosti

»In der Nähe von Lipezk wird die Straße aufgerissen, sehr wahrscheinlich, um den Vormarsch der Wagner-Kolonnen zu behindern.«

Telegram-Kanal Sota

Auch Moskau bereitet sich vor. Medien berichten über die Verminung von Brücken im Gebiet Moskau. Im Laufe des Vormittags werden in Moskau mehrere Kontrollpunkte eingerichtet, in der Stadt wird Militärtechnik zusammengezogen.

»Angehörige des Militärs bei der Rosgwardija gehen entlang der Kaschirskoje Chaussee in Position und erwarten die Ankunft der Wagner-Kolonnen in Moskau.«

Telegram-Kanal Eto Rostow!

Der Fotograf Dmitry Markov hält die Stimmung in der Stadt und in den Medien fest, mit dem russischen Wort Nadwigajetsja – Es ist im Anrollen. Kommentatoren aus unabhängigen Medien rechnen damit, dass die Wagner-Truppen in Moskau einmarschieren werden. Der Chefredakteur des Exil-Mediums Novaya Gazeta Europa Kirill Martynow vermutet, dass Prigoshin einen Plan hat, einige wichtige Objekte in der Hauptstadt unter Kontrolle zu bringen, vor allem das Gebäude des Verteidigungsministerium und das TV-Zentrum Ostankino, damit er der russischen politischen Elite seine Bedingungen diktieren kann. Nicht nur den Plan, sondern auch seinen Erfolg hält er für nicht unrealistisch, denn die Wagner-Söldner haben einen Vorteil im Vergleich zur regulären Streitkräften der russischen Armee:

»Alle Kämpfe in Städten werden Wagner überlassen, nicht nur, weil die Russische Föderation einfach keine ausgebildeten Polizei- und Armeeeinheiten hat, um Gruppen von vielen Tausend schwer bewaffneter Profis

auf heimatlichem Boden inmitten von Zivilbevölkerung zu neutralisieren. Sondern auch, weil die Bereitschaft der russischen Sicherheitskräfte zu sterben sehr gering ist.«

Kirill Martynow, Novaya Gazeta Europe

Die Verhandlungen

So plötzlich der Aufstand am Abend des 23. Juni begonnen hatte, so plötzlich nimmt er in den Abendstunden des 24. Juni eine Wende. Die Pressestelle des belarussischen Machthabers Alexander Lukaschenko verkündet, dass den ganzen Tag lang zwischen ihm und Jewgeni Prigoshin Verhandlungen gelaufen seien. Das Ergebnis: der Aufstand wird beendet und die Wagner-Söldner kehren in die Truppen-Camps zurück.

Laut Recherchen von Meduza war es Prigoshin selbst, der bereits am Samstagmittag Kontakt zum Kreml suchte. »Er hat versucht, Putin zu erreichen, aber der Präsident wollte nicht mit ihm reden.« Nach Angaben der Informanten des russischen Online-Mediums habe Prigoshin wohl verstanden, dass er »das Maß überschritten« habe und »die Aussichten für die Perspektiven seiner Militärkolonne nebulös« seien. Eine zentrale Rolle bei den letztlich erfolgreichen Vermittlungen wird Alexei Djumin, dem Gouverneur der Oblast Tula und engen Putin-Vertrauten, zugeschrieben. Am Ende des Tages war es aber ein anderer, der für die erfolgreichen Verhandlungen gewürdigt wurde: Alexander Lukaschenko. Wie kam es dazu?

Am 24. Juni um 19:07 Uhr vermeldete der Pressedienst Lukaschenkos, dass Putin den belarussischen Machthaber am Morgen über die Situation im Süden Russlands telefonisch informiert und dass man »gemeinsame Handlungsschritte« vereinbart habe. Im Anschluss soll Lukaschenko in Absprache mit Putin Gespräche mit dem Chef der Wagner-Gruppe geführt haben. »Die Verhandlungen dauerten den ganzen Tag über an.« Rund drei Stunden später äußerte sich auch der Kreml-Sprecher: Lukaschenkos Vermittlungsbemühungen, so Dimitri Peskow, würden dazu dienen, ein Blutvergießen zu vermeiden. Es sei Lukaschenkos »persönlicher Initiativvorschlag«, mit Prigoshin zu verhandeln, er kenne Prigoshin seit über 20 Jahren. Obwohl Putin den Wagner-Chef noch am Morgen in seiner Ansprache der Meuterei eines »Hiebs in den Rücken« Russlands bezichtigt hatte, sollte Prigoshin laut Peskow nun Amnestie erhalten und »nach Weißrussland gehen«.

Hat Lukaschenko also bei den Vermittlungen die aktive Rolle gespielt, die ihm zugeschrieben wird? Der belarussische Analyst Artyom Shraibman ist der Meinung, dass seine Rolle eher technischer Natur gewesen sei:

»Er erfüllte seine Aufgaben, diente den Vereinbarungen der Vermittler, die für beide Seiten des Konflikts von größerem Gewicht sind – und die der Kreml nicht in das Licht der Öffentlichkeit rücken will.«

Artyom Shraibman: Lukaschenko – der lachende Dritte?

Was geschah in Belarus?

Wie später bekannt wird, hält Alexander Lukaschenko zwei Treffen im Laufe des Samstags mit den führenden Silowiki- und Militärstrukturen des Landes ab. Er versetzt das Militär in höchste Alarmbereitschaft.

Am Nachmittag, als sich die Wagner-Leute noch Richtung Moskau bewegen, meldet sich die belarussische Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja zu Wort. Sie befürchtet, dass sich Lukaschenko als enger Verbündeter Putins in den Konflikt hineinziehen lassen könnte.

»Ich möchte die belarussischen Diplomaten, Militärs und Sicherheitsbeamten dringend bitten, daran zu denken, dass wir unsere eigenen nationalen Interessen haben. Putin und Prigoshin sind keine Freunde von Belarus. [...] Jetzt ist die beste Chance, um das russische Militär aus unserem Land zu vertreiben. Und wenn wir diese Chance verpassen, wird Russland mit uns machen, was es mit der Ukraine gemacht hat.«

Swetlana Tichanowskaja

Schon länger wird in der belarussischen Opposition die Möglichkeit diskutiert, die Macht in Belarus mit militärischen Mitteln zu ergreifen. Denis Kid Prochorow, Kommandeur des Kalinouski-Regiments, das auf Seiten der Ukraine kämpft, droht in einer Videobotschaft den belarussischen Machthabern, den Kampf um die Macht in Belarus in dieser Situation mit Gewalt führen zu wollen:

»Wir haben eine große Reserve auf dem Territorium von Belarus, die aus aktiven Militärs, Reservisten und einfachen Bürgern besteht, die bereit sind, zu handeln und Belarus von Diktatur und Besatzung zu befreien.«

Denis Kid Prochorow, Kommandeur des Kalinouski-Regiments

Die Wagner-Truppen ziehen sich zurück und verlassen auch die Stadt Rostow am Don. In mehreren, u. a. von russischen Staatsmedien veröffentlichten Videos ist zu sehen, dass sie von vielen Schaulustigen wie »Helden« verabschiedet werden.

»Der Kaiser hat gar nichts an«

Der Aufstand war zwar nur von kurzer Dauer, doch wird er offensichtlich langfristige Folgen haben. Der Meduza-Kolumnist Maxim Trudoljubow meint, der Aufstand sei ein Glied in der Kette von Ereignissen, die deutlich machen, dass »der Kaiser gar nichts anhat«:

»Der aus diesem Spektakel entstandene ›TschWK-Aufstand‹ dürfte trotz seiner Kürze Putins Macht einen ernsthaften Schlag versetzen. Die Meuterei hat die Verwundbarkeit von Putins Machtsystem in seinem Kern – dem Gewaltapparat – gezeigt. Prigoshin hat soeben bewiesen, dass es in Russland möglich ist, eine Millionenstadt einzunehmen, ohne dass ein einziger Schuss fällt, um dann ohne Widerstand auf Moskau zuzumarschieren. Das könnte bedeuten, dass viele Sicherheitsleute und Militärs zumindest die Militärführung nicht unterstützen und nicht bereit sind, für deren Befehle ihr Leben zu riskieren. Das Unentschieden, mit dem die Konfrontation endete, ändert an dieser Tatsache nichts.«

Maxim Trudoljubow, Meduza

Der Politikwissenschaftler Wladimir Gelman sieht in dem Aufstand bzw. daran, wie er verlief und wahrgenommen wurde, einen deutlichen Indikator für eine tatsächlich ausgebliebene Unterstützung von Putin in der Bevölkerung. All das sei ein Szenario dafür, wie schnell Putin eines Tages seine Macht verlieren könnte:

»Einerseits können wir feststellen, dass trotz der hohen Umfragewerte in dieser Krisensituation niemand das Regime und seinen Leader proaktiv unterstützt hat (Erklärungen, die auf Diktat der Führung abgegeben und nachgesprochen wurden, zählen nicht). Andererseits findet sogar eine imaginäre Alternative zum derzeitigen Regime (was es auch immer für eine Alternative sein mag) sowohl auf den Straßen von Rostow als auch in Teilen der politisierten Öffentlichkeit Zustimmung. Mit anderen Worten: Die politische Unterstützung des Status quo ist äußerst fragil und kann im unpassendsten Moment zerbrechen. Und ja, es kommt vor, dass der Nutznießer einer solchen Entwicklung der Ereignisse jene Alternative ist, die zur richtigen Zeit am richtigen Ort ins Blickfeld gerät.«

Wladimir Gelman auf Facebook

Übersetzung: dekodeur-Redaktion.

Stand: 27.06.2023

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, dekodeur.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekodeur für die Erlaubnis zum Nachdruck.

CHRONIK

15. Mai – 12. Juni 2023

15.05.2023	Das Online-Magazin »Washnyje Istorii« berichtet, dass russischen Staatsbeamten unter Androhung von Strafverfahren verboten worden sei, während der Dauer des Krieges in der Ukraine von ihren Posten zurückzutreten. Es beruft sich dabei auf Quellen aus der Präsidialverwaltung. Das Verbot sei stillschweigend verhängt worden, nachdem viele Beamte den Wunsch geäußert hätten, das Land zu verlassen. Auf diese Weise solle einem Kontrollverlust entgegengewirkt werden. Die Beamten seien angewiesen worden, Einigkeit zu demonstrieren.
15.05.2023	Die internationale Nachrichtenagentur »Reuters« berichtet, dass Russland in den ersten zwei Monaten des Jahres 2023 rund 26 Milliarden US-Dollar (rund 24 Milliarden Euro) für Verteidigung ausgegeben hat. Dies seien 282 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. »Reuters« beruft sich dabei auf Daten aus dem Haushaltsportal des russischen Finanzministeriums. Für 2023 sind Ausgaben in Höhe von 4,98 Billionen Rubel (etwa 57 Milliarden Euro) für den Verteidigungssektor geplant. Damit hat Russland in den ersten zwei Monaten des Jahres bereits rund 40 Prozent der eingeplanten Mittel verbraucht.
16.05.2023	Angehörige des Instituts für Theoretische und Angewandte Mechanik der Sibirischen Abteilung der Russischen Akademie der Wissenschaften wenden sich mit einem offenen Brief an die Öffentlichkeit. Darin beklagen sie die Verhaftung von mindestens drei ihrer Kolleg:innen wegen Hochverrats. Diese hätten an der Entwicklung von Hyperschallraketen gearbeitet und seien im vergangenen Jahr verhaftet worden. Die Wissenschaftler:innen warnen, dass diese Strafverfahren Russlands Fortschritte auf dem Gebiet zunichtemachen könnten. Das Institut, dem die Wissenschaftler:innen angehören, bestätigte, dass die betreffenden Mitarbeiter:innen wegen ihrer Wortbeiträge auf internationalen Konferenzen, der Veröffentlichung in Fachzeitschriften sowie der Teilnahme an internationalen Projekten verhaftet worden seien.
17.05.2023	Der russische Präsident Wladimir Putin und sein iranischer Amtskollege Ebrahim Raisi unterzeichnen ein Abkommen über die Finanzierung und den Bau einer iranischen Eisenbahnlinie als Teil des im Entstehen begriffenen internationalen »Nord–Süd-Korridors«. Die Eisenbahnlinie gilt als wichtiges Bindeglied in dem Korridor, der Indien, den Iran, Russland, Aserbaidschan und weitere Länder über den Schienen- und Seeweg miteinander verbinden soll.
17.05.2023	Der Europarat beschließt mit 40 von 46 Stimmen die Einführung eines Schadensregisters für die Erfassung von durch Russland in der Ukraine verursachte Schäden und Verluste. Enthaltungen gab es unter anderem von der Schweiz, Armenien, Aserbaidschan und Ungarn. Das Register soll als Grundlage für mögliche spätere Forderungen nach Entschädigungszahlungen dienen.
17.05.2023	Laut Berichten des russischen Online-Magazins »The Moscow Times« leitet die Föderale Steuerbehörde Russlands Ermittlungen wegen des Verdachts auf Betrug ein im Zusammenhang mit der Vergabe von Aufträgen an russische Unternehmen zum Wiederaufbau der von Russland besetzten Stadt Mariupol. Laut Insiderberichten seien Dutzende Unternehmen der Steuerhinterziehung verdächtig. Hintergrund ist, dass seit der Annexion der besetzten Regionen in der Ukraine, in denen unter anderem auch Mariupol liegt, Lieferungen und Leistungen aus Russland in diese Regionen nicht mehr als Exporte gelten, wodurch darauf Umsatzsteuer fällig wird.
18.05.2023	Nach Angaben des Vizepräsidenten der Russischen Akademie der Wissenschaft, Walentin Parmon, sind in den vergangenen fünf Jahren mehr als 50.000 Wissenschaftler:innen aus Russland ausgewandert. Parmon fordert eine deutlich stärkere Investition des Staates in Wissenschaft und Forschung. Dies sei notwendig, um wieder annähernd das technologische Niveau fortgeschrittener Länder zu erreichen.
18.05.2023	Nachdem Russland tags zuvor der Verlängerung des Abkommens zur Verschiffung von ukrainischem Getreide über das Schwarze Meer zugestimmt hat, fordert der Sprecher des russischen Präsidenten Dmitrij Peskow heute Fortschritte bei den Verhandlungen für die Ausfuhr von Ammoniak und Dünger aus Russland. Die Zustimmung zur Verlängerung sei nur erfolgt, weil es außerdem gewisse Hoffnungen gebe, dass die internationale Blockade der staatlichen russischen Landwirtschaftsbank aufgegeben werde.
18.05.2023	Der Gouverneur der 2014 von Russland annektierten Republik Krim, Sergej Aksjonow, gibt bekannt, dass in der Region Simferopol ein mit Getreide beladener Güterzug entgleist sei. Ermittlungen seien eingeleitet. Augenzeug:innen berichten über eine Explosion, die dem Vorfall vorausgegangen sei. Von offizieller Seite wurde dies nicht bestätigt, die russische Eisenbahngesellschaft spricht von »äußeren Faktoren« als Ursache.
19.05.2023	Russland setzt den Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs, Karim Khan, auf die Fahndungsliste. Wenige Tage nachdem der Internationale Strafgerichtshof im März einen Haftbefehl gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin ausgestellt hatte, hatten die russischen Behörden bereits strafrechtliche Ermittlungen gegen Karim Khan und drei Richter:innen des Internationalen Strafgerichtshofs eingeleitet. Khan wird vorgeworfen, ein Strafverfahren gegen eine bekanntermaßen unschuldige Person eingeleitet sowie einen Angriff auf einen Vertreter eines ausländischen Staates vorbereitet zu haben.

19.05.2023	Die USA setzt rund 300 weitere Unternehmen und Einzelpersonen auf die Sanktionsliste. Die Sanktionen zielen diesmal auf Unternehmen und Forschungsinstitute ab, die an Moskaus Investitionen in künftige Energieerzeugung und den Plänen zur Ausbeutung arktischer Ressourcen beteiligt sind. US-amerikanischen Unternehmen und Privatpersonen ist es untersagt, Geschäfte mit den auf der Liste genannten Firmen zu machen oder Transaktionen abzuwickeln, die diese betreffen. Als Reaktion auf die erneute Verschärfung der US-amerikanischen Sanktionen verhängte Russland Einreiseverbote für 500 US-Amerikaner:innen, darunter auch der ehemalige Präsident der Vereinigten Staaten, Barack Obama.
19.05.2023	Die russische Generalstaatsanwaltschaft setzt »Greenpeace Russland« auf die Liste der sogenannten »unerwünschten Organisationen«. »Greenpeace Russland« habe sich in die inneren Angelegenheiten Russlands eingemischt, die russische Wirtschaft untergraben und Organisationen finanziert, die in Russland als »ausländische Agenten« eingestuft sind. Wenige Stunden nach der Bekanntgabe kündigte »Greenpeace Russland« seine Schließung an.
19.05.2023	Der deutsche Autohersteller »Volkswagen« verkauft seine wichtigste Fabrik in Russland an die Handelsgruppe »Avilon«. Damit ist der letzte Schritt für einen vollständigen Rückzug aus Russland getan. Die russische Regierungskommission zur Kontrolle über Auslandsinvestitionen hatte den Verkauf über 125 Millionen Euro bereits einige Tage zuvor abgesegnet.
19.05.2023	Der russische Oppositionspolitiker Jewgenij Rojsman wird wegen Verunglimpfung des russischen Militärs zu einer Geldstrafe in Höhe von 260.000 Rubel (etwa 3.000 Euro) verurteilt. Rojsman hatte im Juli 2022 ein Video auf »Youtube« veröffentlicht, in dem er den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine verurteilte. Rojsman war von 2013 bis 2018 Bürgermeister von Jekaterinburg. Er positioniert sich in der Öffentlichkeit seit 2014 deutlich gegen das Vorgehen Russlands in der Ukraine.
20.05.2023	Der Anführer der privaten russischen Söldnergruppe »TschWK Wagner«, Jewgenij Prigoschin, gibt über seinen »Telegram«-Kanal bekannt, dass die seit Wochen umkämpfte ukrainische Stadt Bachmut an die russischen Söldner gefallen sei. Prigoschin kündigte an, die Stadt bis zum 25. Mai an die russische Armee zu übergeben. Dieser Darstellung widersprach die ukrainische Regierung in Kyjiw. Die Kämpfe würden fortgesetzt, die Lage sei jedoch kritisch.
20.05.2023	Der stellvertretende russische Außenminister Aleksandr Gruschko erklärt, dass die von der Ukraine geforderte Lieferung von Kampffjets aus NATO-Ländern, »kolossale Risiken« für diese Länder berge. Er betonte, Russland habe alle Mittel um die selbst gesteckten Kriegsziele zu erreichen. Zurzeit verhandelt die Ukraine mit der NATO über die Lieferung von F16-Kampffjets. Nach Aussage des ukrainischen Luftwaffenkommandeurs, Jurij Ihnat, seien diese entscheidend für den weiteren Kriegsverlauf. Sie böten Schutz in Gebieten, die nicht von Flugabwehrraketen erreicht werden könnten.
21.05.2023	Der russische Außenminister Sergej Lawrow bezeichnet das aktuell im japanischen Hiroshima stattfindende G7-Treffen als politisierte Veranstaltung, auf der anti-russische und anti-chinesische Äußerungen getroffen worden seien und die globale Stabilität untergraben werde. Die G7-Teilnehmer hatten zuvor versichert, die Unterstützung für die Ukraine unverändert fortzusetzen und weitere Sanktionen gegen Russland beschlossen. Diese umfassen Exportbeschränkungen für kriegswichtige Güter sowie Sanktionen gegen Unternehmen, die Material an die Front transportieren. Auch der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj war zu dem Treffen eingeladen.
22.05.2023	Der Gouverneur der Oblast Belgorod, Wjatscheslaw Gladkow, verhängt Terroralarm. Auf seinem »Telegram«-Kanal teilte er mit, dass diese Maßnahme der Sicherheit der Bevölkerung diene. Offiziellen Angaben zufolge sei ein »Spionage- und Sabotagetrupp« aus der Ukraine in die Region eingedrungen, seit dem Vormittag würden grenznahe Orte beschossen, es gäbe sechs Verletzte. Im ukrainischen Fernsehen hatten zuvor zwei aus Russen bestehende Einheiten angekündigt, entlang der Grenze eine entmilitarisierte Zone schaffen zu wollen. Die Einheiten kämpften auf der Seite Kyjiws. Die ukrainische Regierung dementierte eine Beteiligung an den Aktionen.
22.05.2023	Im Autonomen Kreis der Jamal-Nenzen erhalten bedürftige Einwohner, die Anspruch auf staatliche Unterstützung haben, ab sofort Essensmarken zur Bezahlung ihrer Einkäufe im Supermarkt. Nach Angaben der russischen Statistikbehörde »Rosstat« sank das Realeinkommen im Jahr 2022 um ein Prozent. Demgegenüber steht ein Preisanstieg von rund 18 Prozent. Der Absatz von Lebensmitteln sank 2022 um 1,5 Prozent, im ersten Quartal 2023 um 3,4 Prozent.
23.05.2023	Der Gouverneur der Oblast Belgorod, Wjatscheslaw Gladkow, erklärt auf seinem »Telegram«-Kanal die Beendigung des am Vortag ausgerufenen Terroralarms. Die Maßnahmen zur Terrorismusabwehr seien abgeschlossen. Die ukrainischen Freiwilligenkorps, die für die Vorfälle verantwortlich gemacht werden, seien auf ukrainisches Gebiet zurückgedrängt worden, 70 Angreifer seien dabei getötet worden, teilte das russische Verteidigungsministerium mit. Am Vortag waren grenznahe Orte der Oblast beschossen worden, es hatte Verletzte gegeben. Die Ukraine weist die Verantwortung zurück.

23.05.2023	Das finnische Statistikamt meldet, dass im Jahr 2022 rund 6.000 Menschen aus Russland nach Finnland eingewandert sind und damit so viele wie seit drei Jahrzehnten nicht mehr. Russland ist damit das wichtigste Herkunftsland für Einwanderung nach Finnland. Seit Anfang der 1990er Jahre ist die Zahl der jährlichen Zuwanderung aus Russland nach Finnland immer unter 3.100 Personen geblieben.
23.05.2023	Die russische Staatsduma verabschiedet ein Gesetz, das es Grenzschutzbeamt:innen erlaubt, die Pässe russischer Staatsbürger:innen zu beschlagnahmen, denen es verboten ist, ins Ausland zu reisen. Diese Regelung bezieht sich nicht nur auf Personen, gegen die strafrechtlich ermittelt wird oder die unter Hausarrest stehen, sondern auch auf wehrpflichtige Personen, die eine Vorladung erhalten haben.
23.05.2023	Die russische Wirtschaftszeitung »Kommersant« berichtet, dass rund 100 im Angriffskrieg gegen die Ukraine Kriegsdienst Leistende bei den im Herbst stattfindenden Regionalwahlen in Russland für die Regierungspartei »Jedinaja Rossija« kandidieren werden. Es handelt sich dabei sowohl um Soldat:innen als auch um Sanitärer:innen und Ärzt:innen, die in der Ukraine im Einsatz sind oder waren.
25.05.2023	Der Chef der russischen Söldnergruppe »TschWK Wagner«, Jewgenij Prigoshin, gibt den Beginn der Übergabe der ukrainischen Stadt Bachmut an die russische Armee bekannt. Einige Tage zuvor hatte Prigoshin erklärt, die Stadt komplett eingenommen zu haben, die ukrainische Seite bestätigte dies bisher nicht.
25.05.2023	Der Oberste Gerichtshof in Russland hat die Auflösung der liberalen Oppositionspartei PARNAS (Partei der Volksfreiheit) angeordnet. Das russische Justizministerium begründete seinen nun stattgegebenen Antrag damit, dass PARNAS mit seinen Regionalbüros nur noch in weniger als der Hälfte der russischen Regionen vertreten sei und bezog in diese Zahl auch die von Russland besetzten ukrainischen Gebiete mit ein. PARNAS wurde 1990 gegründet und fusionierte im Jahr 2012 mit der »Republikanischen Partei Russlands«. PARNAS setzte sich für Menschenrechte und Föderalismus ein. Eines ihrer prominentesten Mitglieder war der im Jahr 2015 unter ungeklärten Umständen ermordete Boris Nemzow. Der Parteivorsitzende Michail Kassjanow war 2022 aus Russland geflohen, nachdem er den russischen Einmarsch in die Ukraine kritisiert hatte.
25.05.2023	Die russische staatliche Nachrichtenagentur TASS berichtet, dass der russische Verteidigungsminister Sergej Schojgu und sein belarussischer Amtskollege Wiktor Chrenin einen Vertrag zur Stationierung russischer taktischer Atomwaffen auf belarussischem Staatsgebiet unterzeichnet hätten. Schojgu betonte, dass Russland Belarus keine Atomwaffen überlassen würde, die Kontrolle und die Entscheidung über deren Einsatz verbliebe bei Moskau. Belarus begründet diesen Schritt mit »beispiellosem Druck« aus dem »Westen«.
25.05.2023	Die beiden aus Russ:innen bestehenden ukrainischen Freiwilligenkorps »Weißer Rex« und »Freiheit Russlands« bezeichnen die Vorfälle am Wochenanfang vor Journalist:innen als Erfolg. Jedes Überschreiten der russischen Staatsgrenze mit anschließender erfolgreicher Rückkehr sei als Erfolg zu bezeichnen. Vor drei Tagen hatten nationalistische Einheiten grenznahe Orte auf russischer Seite beschossen. Das russische Verteidigungsministerium erklärte, es habe Kampffjets und Artillerie eingesetzt, um die Angreifer zurückzudrängen. Die ukrainische Regierung dementiert jede Beteiligung.
25.05.2023	Die Moskauer Hochschule »Higher School of Economics« (HSE) kündigt an, die Kosten für die Ausbildung von in der Ukraine kämpfenden Soldat:innen sowie deren Familienangehörigen zu übernehmen. Für aus dem Krieg in der Ukraine zurückkehrende Soldat:innen, die für ein Studium an der HSE aufgenommen werden, werden ab dem kommenden Semester die Studiengebühren vollständig von der Hochschule übernommen. Dies gilt auch für deren Kinder, Geschwister und Ehepartner:innen. Im Mai 2022 hatte der russische Präsident Wladimir Putin einen Erlass unterzeichnet, wonach die Universitäten in Russland mindestens zehn Prozent der staatlich finanzierten Studienplätze Kriegsteilnehmern zur Verfügung stellen müssen. Die HSE erklärte, diese Quote übertreffen zu wollen.
25.05.2023	Das russische Außenministerium bestellt die Botschafter:innen Deutschlands, Schwedens und Dänemarks ein. Es protestiere damit gegen das Fehlen von Resultaten im Rahmen der Ermittlungen zur Sabotage an den Nord-Stream-Pipelines im September 2022, so die Begründung. Russland wirft den drei Ländern vor, die Ermittlungen absichtlich hinauszuzögern und Ergebnisse zu verschleiern. Im September 2022 wurden die durch die Ostsee verlaufenden Nord-Stream-Pipelines durch Explosionen gesprengt, Schweden und Dänemark gehen von Vorsatz aus.
25.05.2023	Der brasilianische Präsident Lula da Silva lehnt eine Einladung seines Amtskollegen Wladimir Putin, auf das Internationale Wirtschaftsforum in Sankt ab. Er könne zurzeit nicht nach Russland reisen, sei aber neben Indien, Indonesien und China bereit, im Konflikt mit der Ukraine vermittelnd tätig zu werden. Einige Tage zuvor war ein geplantes Treffen zwischen da Silva und dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj auf dem G7-Gipfel in Japan abgesagt worden.

25.05.2023	Nach Berichten in der »New York Times« über Einschätzungen der US-Spionagebehörden, wonach wahrscheinlich ukrainische militärische geheimdienstliche Spezialeinheiten den Drohnen-Angriff auf den Kreml Anfang Mai inszeniert hätten, betont der Dmitrij Peskow, Sprecher des russischen Präsidenten, dass dies von Anfang an die Einschätzung Russlands gewesen sei. Die ukrainische Regierung bestreitet eine Beteiligung an dem Vorfall.
25.05.2023	Der Chef der russischen Söldnergruppe »TschWK Wagner«, Jewgenij Prigoschin, erklärt in einem von der Gruppe veröffentlichten Video, dass die Leiche eines US-Bürgers und die eines türkischen Staatsbürgers, die bei den Kämpfen um die ukrainische Stadt Bachmut ums Leben gekommen seien, in ihre Heimatländer zurückgeschickt würden. Prigoschins Schätzungen zufolge habe die Ukraine aus der Schlacht um Bachmut etwa 50.000 Tote zu beklagen, es gebe auf ukrainischer Seite 50.000 bis 70.000 Verwundete. Die Söldnergruppe selbst habe bisher rund 20.000 Mann verloren.
27.05.2023	Wassyl Maljuk, Chef des ukrainischen Inlandsgeheimdienstes SBU, bestätigt in einem Interview mit dem ukrainischen Journalisten Dmytro Komarow offiziell die Beteiligung Kyjiws an der Explosion auf der Krim-Brücke am 08. Oktober 2022. Dabei habe es sich um eine notwendige Maßnahme gehandelt, um dem Feind einen wichtigen Logistikweg abzuschneiden. Einzelheiten nannte er nicht.
28.05.2023	Die russische Armee greift in der Nacht die ukrainische Hauptstadt Kyjiw mit Drohnen an. Die ukrainische Luftwaffe gibt an, dass insgesamt 54 Drohnen abgeschossen worden seien. Offiziellen Angaben zufolge starben bei dem Angriff zwei Menschen, drei weitere wurden verletzt. Am Freitag zuvor waren in der südrussischen Stadt Krasnodar zwei Drohnen abgestürzt und explodiert. Dabei wurden Gebäude beschädigt, Verletzte gab es nicht. Die grenznahe Oblast Belgorod war in den vergangenen Wochen häufiger Ziel von Angriffen aus Richtung der Ukraine.
29.05.2023	Unter Berufung auf eine Datenanalyse der Russischen Zentralbank meldet die russische Nachrichtenagentur »RIA Nowosti«, dass ausländische Investoren im Zeitraum von März 2022 bis März 2023 insgesamt rund 36 Milliarden US-Dollar aus Russland abgezogen haben. Vergangene Woche hatte die Zentralbank noch gemeldet, dass lediglich 20 Prozent der Verkäufe im genannten Zeitraum mehr als 100 Millionen Dollar umfassen, und damit die Auswirkungen heruntergespielt. Seit der Invasion Russlands in die Ukraine haben zahlreiche international agierende Unternehmen ihre Aktivitäten in Russland aufgegeben oder reduziert.
30.05.2023	Der Süden und Südwesten der russischen Hauptstadt Moskau werden Ziel eines Drohnenangriffs. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums sind acht Drohnen im Einsatz, von denen fünf abgeschossen und drei zum Absturz gebracht werden. Bei dem Angriff werden mehrere Gebäude leicht beschädigt. Der russische Präsident Wladimir Putin ordnet die Aktion als ein »klares Zeichen für terroristische Aktivität« ein und erklärt, dass die Ukraine nun mit mehr Härte rechnen müsse, wo zivile Ziele in Russland angegriffen würden. Putin erklärte: »Egal, was wir sagen, sie werden immer versuchen, die Schuld Russland zuzuschreiben, aber das ist nicht richtig: Wir haben diesen Krieg nicht entfesselt, ich wiederhole, das Kiewer Regime hat 2014 den Krieg im Donbass entfesselt.« Die ukrainische Regierung weist jede Verantwortung von sich.
30.05.2023	Der russische Premierminister Michail Mischustin teilt mit, dass in den von Russland annektierten ukrainischen Regionen Donezk, Luhansk, Saporischschja und Cherson seit Oktober 2022 fast 1,5 Millionen russische Pässe ausgestellt worden seien, etwa 1,6 Millionen dort ansässige Menschen erhielten russische Rentenzahlungen, rund 1,5 Millionen russische Sozialleistungen.
31.05.2023	Das unabhängige russische Online-Medium »Mediazona« berichtet, dass ein russisches Militärgericht in Kaliningrad acht Soldat:innen zu Haftstrafen von bis zu sieben Jahren verurteilt hat. Sie waren im Dezember aus ihren Einheiten in der Ostukraine desertiert, nachdem sie im September im Rahmen der Teilmobilisierung eingezogen worden waren. In Folge der Teilmobilisierung waren in Russland lange Haftstrafen für das unerlaubte Entfernen von der Truppe eingeführt worden.
31.05.2023	Das russische Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung teilt mit, dass das Bruttoinlandsprodukt in den ersten vier Monaten 2023 um 0,6 Prozent gesunken sei. Seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine war das BIP im Jahr 2022 bereits um 2,1 Prozent gesunken. Der Anstieg der russischen Industrieproduktion um 0,6 Prozent bis April 2023, bedingt vor allem durch die Auftragssteigerung in der Rüstungsindustrie, steht einem Einbruch um 10 Prozent in der Gasindustrie gegenüber. Auch der Einzel- und Großhandelsumsatz sank (um 3,6 bzw. 11,9 Prozent). Gleichzeitig sank die Arbeitslosigkeit im April auf ein Rekordtief von 3,3 Prozent.
31.05.2023	Die internationale Nachrichtenagentur »Reuters« meldet bezugnehmend auf die staatliche russische Nachrichtenagentur »RIA Nowosti« einen Drohnenangriff auf zwei russische Ölraffinerien etwa 80 Kilometer östlich von Russlands größtem Ölexportterminal in Noworossijsk. In einer der Raffinerien brach ein Feuer aus, die zweite blieb unbeschädigt. Seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine im Februar 2022 sind Raffinerien in ganz Russland regelmäßig Ziele von Drohnenangriffen.

31.05.2023	Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes in Berlin teilt mit, dass vier von fünf russischen Generalkonsulaten in Deutschland die Lizenz entzogen werde. Dies sei eine Reaktion auf die Entscheidung Moskaus, die Zahl deutscher Offizieller in Russland auf 350 zu beschränken. Ab 2024 soll Russland in Deutschland nur noch die Botschaft in Berlin sowie ein weiteres Konsulat betreiben können. Deutschland schließt aufgrund der von Russland auferlegten Obergrenze für deutsche Staatsbedienstete seine Konsulate in Kaliningrad, Jekaterinburg und Nowosibirsk. Von dieser Obergrenze sind auch sogenannte »Kulturmittler:innen« betroffen, das heißt zum Beispiel Beschäftigte an deutschen Schulen oder an Goethe-Instituten, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit.
01.06.2023	Die russische Nachrichtenagentur »RIA Nowosti« meldet, ein russisches Gericht habe den Messengerdienst »WhatsApp« zur Zahlung einer Geldstrafe in Höhe von drei Millionen Rubel (etwa 33.500 Euro) verurteilt. »WhatsApp«, dessen Mutterkonzern »Facebook« im vergangenen Jahr als »extremistische Organisation« registriert wurde, habe verbotene Inhalte nicht entfernt. Konkret gehe es um ein Medikament, dessen Herstellung und Verkauf in Russland verboten sei. Dies ist die erste Geldstrafe dieser Art gegen »WhatsApp«. Bisher war der Dienst nur mit Geldstrafen belegt worden, weil er sich weigerte, Daten russischer Nutzer:innen auf inländischen Servern zu speichern.
01.06.2023	Die südafrikanische Außenministerin Naledi Pandor teilt am Rande eines Treffens der BRICS-Außenminister:innen mit, dass alle fünf Regierungschef:innen der BRICS-Mitgliedsstaaten zu dem für Ende August in Johannesburg geplanten Gipfeltreffen eingeladen seien. Aufgrund des im März 2023 vom Internationalen Strafgerichtshofs erlassenen Haftbefehls gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin ist Südafrika verpflichtet, diesen bei Einreise ins Land festzunehmen. Die südafrikanische Regierung äußerte sich bisher nicht zu einem geplanten Vorgehen, die rechtlichen Möglichkeiten würden zurzeit geprüft.
02.06.2023	Nach Angaben des Gouverneurs der Oblast Belgorod, Wjatscheslaw Gladkow, wurden bei einem ukrainischen Angriff zwei Menschen getötet und zwei weitere Personen verletzt. Gladkow gab weiter bekannt, dass etwa 600 Kinder aus der Region evakuiert worden seien. Die südrussische Oblast entlang der ukrainischen Grenze wurde in den vergangenen Wochen vermehrt Ziel von Angriffen. Die Ukraine bestreitet eine Beteiligung.
03.06.2023	Der stellvertretende Außenminister Sergej Rabkow betont die Bereitschaft Russlands, den »New START«-Atomwaffenvertrag mit den USA wieder einzuhalten. Voraussetzung sei, dass die USA ihre feindliche Haltung gegenüber Russland aufgeben. Im Februar hatte Russland das Abkommen, das unter anderem die Zahl strategischer Atomsprengköpfe in den beiden Ländern begrenzt, ausgesetzt. Die USA hatten am Vortag China Gespräche über nukleare Rüstungskontrolle »ohne Vorbedingungen« angeboten.
04.06.2023	Auf Anordnung des russischen Präsidenten Wladimir Putin wird die Ikone »Dreifaltigkeit« von Andrej Rubljow aus der Tretjakow-Galerie in Moskau in die Christ-Erlöser-Kathedrale überführt. Die Ikone, die als einer der Höhepunkte russischer Malerei gilt, soll dort ein Jahr verbleiben, bevor sie ins Dreifaltigkeitskloster von Sergijew Possad gebracht wird. Begleitet von heftigem Widerstand von Kunsthistoriker:innen war die Ikone bereits im vergangenen Jahr zu Feierlichkeiten ins Kloster gebracht worden.
04.06.2023	Die erweiterte Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC+), der auch Russland angehört, kündigt an, im Jahr 2024 weniger Öl zu fördern. Die tägliche Fördermenge werde auf 40 Millionen Barrel gesenkt. Dies bedeutet eine Senkung von insgesamt 3,4 Prozent. Der Ölpreis sinkt seit Mitte 2022 stetig. Bereits im Oktober 2022 und im April 2023 hatte die OPEC+ darauf mit einer Reduzierung der Fördermengen reagiert.
04.06.2023	Die Behörden der Oblast Belgorod nahe der ukrainischen Grenze fordern die Anwohner:innen auf, ihre Häuser zu verlassen. Die Oblast war in den vergangenen Wochen vermehrt Ziel von Angriffen von ukrainischer Seite, die Angriffe hatten sich in den vergangenen Tagen verstärkt. Im Bezirk Schebekino kamen mehrere Zivilisten ums Leben. Wjatscheslaw Gladkow, Gouverneur der Oblast, bestätigte, dass bereits mehr als 4.000 Menschen evakuiert worden seien.
05.06.2023	Der Anführer des überwiegend aus Russen bestehenden sogenannten »Russischen Freiwilligenkorps«, Denis Kapustin, teilt mit, dass seine Einheit den nahe der Grenze zu Ukraine gelegenen russischen Ort Nowaja Tawolshanka eingenommen habe. Wjatscheslaw Gladkow, Gouverneur der Oblast Belgorod, in der Nowaja Tawolshanka liegt, bestätigte, dass die ortsansässigen Behörden die Kontrolle über den Ort verloren hätten.
05.06.2023	Die Nachrichtenagentur »Nikkei Asia« berichtet, dass Russland Teile für Panzer und Raketen aus Malaysia und Indien reimportiert. Die Agentur beruft sich auf ausgewertete Zollabfertigungsprotokolle, wonach russische Rüstungshersteller Ausrüstung zurückgekauft haben, die sie zuvor produziert und exportiert haben. Unter den reimportierten Ausrüstungsgegenständen sind unter anderem 6.000 Zielfernrohre und 200 Kameras, die für den Einbau in Panzer bestimmt sind.

06.06.2023	In der ukrainischen Region Cherson nahe der Ortschaft Nowa Kachowka wurde ein Staudamm am Dnipro gesprengt, dies teilte der ukrainische Ministerpräsident Denys Schmyhal mit. Bis zu 80 Ortschaften, in denen insgesamt etwa 16.000 Menschen leben, seien von Überschwemmungen bedroht. Das zum Staudamm gehörende Wasserkraftwerk wurde vollständig zerstört. Der Berater des ukrainischen Präsidenten, Mychailo Podoljak, vermutet einen militärischen Hintergrund. Russland wolle das Ende des Krieges hinauszögern und die von der Ukraine geplante Gegenoffensive behindern. Die russische Seite machte ukrainischen Beschuss für die Schäden am Staudamm verantwortlich. Sie wolle damit von der Gegenoffensive im Osten ablenken.
06.06.2023	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte spricht Russland schuldig, im Fall des Giftanschlags auf den russischen Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj nicht ordnungsgemäß ermittelt zu haben. Russland habe es insbesondere versäumt, die Hinweise auf ein mögliches politisches Motiv für den Mordversuch sowie die mögliche Beteiligung Staatsbediensteter zu untersuchen. Aleksej Nawalnyj erkrankte im August 2020 während eines Rückflugs aus Sibirien und wurde später zur Behandlung nach Deutschland evakuiert. Bei seiner Rückkehr nach Russland im Januar 2021 wurde er verhaftet und ist seitdem inhaftiert. Vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wurden ihm 40.000 Euro Schadensersatz zugesprochen.
07.06.2023	Der russische Präsident Wladimir Putin ordnet an, dass die regionalen Behörden, mit Ausnahme von Moskau, Sankt Petersburg und Sewastopol, Soldat:innen, Freiwilligen und Offizier:innen der Nationalgarde, die am Krieg gegen die Ukraine teilnehmen, kostenlos Grundstücke zuweisen sollen. Diese Regelung gilt für alle Kriegsteilnehmer:innen und deren Familien, die eine Auszeichnung erhalten haben, verwundet wurden oder gefallen sind. Für die 2014 von Russland annektierten Republik Krim und die Oblast Moskau gibt es eine ähnliche Regelung bereits seit Dezember 2022.
07.06.2023	Nach der Sprengung des Kachowka-Staudamms in der ukrainischen Region Cherson tags zuvor, verhängen russische Behörden im von Russland kontrollierten Teil der Region den Notstand. Dies berichtet die staatliche russische Nachrichtenagentur »TASS«. »TASS« berichtet unter Berufung auf die örtlichen Rettungsdienste, dass bisher etwa 2.700 Häuser überflutet und fast 1.300 Menschen evakuiert wurden. Während Russland und die Ukraine die Verantwortung für die Zerstörung des Staudamms jeweils bei der gegnerischen Kriegspartei sehen, sieht der UN-Generalsekretär Antonio Guterres, die Sprengung als eine weitere verheerende Folge des Einmarsches Russlands in die Ukraine. Die Vereinten Nationen hätten bisher noch keine unabhängigen, belastbaren Informationen über die Umstände, die zur Zerstörung des Staudamms geführt hätten.
08.06.2023	In der am 06.06.2023 eröffneten Verhandlung der ukrainischen Klage gegen Russland wegen der Vorgänge in der Ostukraine seit 2014 vor dem Internationalen Strafgerichtshof der Vereinten Nationen in Den Haag beschuldigt der russische Diplomat Aleksandr Schulgin die Ukraine den vor zwei Tagen gesprengten Kachowka-Staudamm durch Artillerie-Angriffe zerstört zu haben. Gleichzeitig weist er die Vorwürfe der Ukraine zurück, nach denen Russland durch die Unterstützung von Separatist:innen in der Ostukraine seit 2014 gegen Terrorismusgesetze verstoßen habe.
09.06.2023	Der russische Präsident Wladimir Putin bestätigt in einem Interview den Beginn einer ukrainischen Gegenoffensive. Die ukrainische Regierung äußerte sich zu dieser Aussage nicht. Putins Angaben zufolge gebe es seit fünf Tagen intensive Kämpfe. Diese hätten jedoch bisher nicht zu Erfolgen der ukrainischen Armee geführt. Russland ist es nach dem Einmarsch in die Ukraine im Februar 2022 vor allem gelungen, im Osten und im Südosten des Landes Gebiete zu erobern.
09.06.2023	Der Hohe Rat der Niederlande urteilt, dass das sogenannte »Gold der Krim«, das 2014 in einem Museum in Amsterdam zu sehen war, an die Ukraine zurückgegeben werden müsse. Nach der Annexion der Krim im Jahr 2014 erhoben sowohl Russland als auch die Ukraine Ansprüche auf den rund 2000 Jahre alten Goldschatz. Nach Beendigung der Ausstellung entschied das Museum in Amsterdam deshalb die Ausstellungsstücke nicht zurückzuschicken, sondern zunächst feststellen zu lassen, wer der rechtmäßige Eigentümer ist. Das heutige Urteil bestätigt das erstinstanzliche Urteil aus dem Jahr 2021.
09.06.2023	Der Internationale Gerichtshof in Den Haag gibt bekannt, dass sich bislang 32 Länder der Klage der Ukraine gegen Russland angeschlossen haben. Die Ukraine reichte im Februar 2022, wenige Tage nach der russischen Invasion, Klage ein und machte geltend, dass Russland gegen die UN-Völkermordkonvention aus dem Jahr 1948 verstoßen habe, indem es die Ukraine des Völkermords beschuldigt habe. 33 Staaten, darunter alle EU-Länder außer Ungarn, die USA und Kanada beantragten, sich der Klage anzuschließen. Den Antrag der USA wurde aus formalen Gründen abgelehnt.
09.06.2023	Laut Berichten der »Novaya Gazeta Europe« haben streikende Bergleute in der Marinskij Smaragdmine in der Uralregion einen Videocall mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin gefordert. Der Streik begann zwei Tage zuvor, als sich Bergleute weigerten nach der Schicht die Mine zu verlassen. Sie wenden sich gegen die geplante Schließung der Mine und damit verbundene Massenentlassungen. Das Bergwerk gehört zum staatlichen Rüstungskonzern »Rostec«. Von offizieller Seite wurde die Forderung der Bergleute bisher nicht bestätigt.

12.06.2023	Das russische Verteidigungsministerium nimmt die private Söldnertruppe »Achmat« des tschetschenischen Machthabers Ramsan Kadyrow unter Vertrag. Nach Angaben des »Achmat«-Kommandeurs haben seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine bereits »Zehntausende Freiwillige« der Einheit in der Ukraine gekämpft. Laut russischem Verteidigungsministerium bereitet »Achmat« zurzeit eine Offensive in der Ostukraine vor. Zuvor hatte Verteidigungsminister Sergej Schojgu angekündigt, alle auf Moskauer Seite kämpfenden Privatarmeen unter Vertrag nehmen zu wollen. Der Chef der Söldnertruppe »TschWK Wagner«, Jewgenij Prigoshin, teilte mit, er werde diesen Vertrag nicht unterzeichnen.
------------	---

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Schwarz, Anastasia Stoll, Hartmut Schröder

Sie können die gesamte Chronik seit 2003 (zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992) auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Fabian Burkhardt (verantwortlich)
 Assistenz: Maximilian Hartl
 Chronik: Alena Schwarz, Anastasia Stoll, Hartmut Schröder
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 PD Dr. habil. Linde Götz, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Prof. Dr. Alexander Libman, Freie Universität Berlin
 Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
 Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
 Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de
 Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2023 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
 e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>